Zeitschrift: Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Bern
Band: 59 (1975)

Artikel: Ulrich Dürrenmatt : ein schweizerischer Oppositionspolitiker
Autor: Maurer, Theres
Kapitel: 7: Eisenbahn- und Finanzpolitische Fragen
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1070966

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

7. KAPITEL

EISENBAHN- UND FINANZPOLITISCHE FRAGEN

Zeit seines Lebens beanspruchten Fragen finanz- und eisenbahnpolitischer Natur das ganz besondere Interesse von Ulrich Dürrenmatt und nahmen in seinem öffentlichen Wirken einen breiten Raum ein. Auf diesen Gebieten errang er seine grössten Siege, die ihn zum gefürchteten Oppositionspolitiker werden liessen, hier auch musste er seine empfindlichsten Niederlagen einstecken. Finanz- und Eisenbahnprobleme machten seinen Namen bekannt, als er als junger Lehrer die politische Bühne betrat[1]; die Eisenbahnpolitik verbitterte seine letzten Lebensjahre[2] und war mitverantwortlich, dass bis zu seinem Tod und darüber hinaus seine Persönlichkeit umstritten blieb.

I. EISENBAHNPOLITIK

1. KANTONALE EISENBAHNFRAGEN

Dürrenmatts Gegnerschaft zur kantonalen Eisenbahnpolitik wurde oben ausführlich beschrieben[1]. Erst in den neunziger Jahren, als durch Regierungsrat Scheurers geschickte Finanzpolitik der bernische Etat wieder in Ordnung gebracht worden war, fand sich Dürrenmatt zu einem Zusammengehen mit den Radikalen in der bernischen Eisenbahnpolitik bereit. Sogar der Verkauf der Bern–Luzern-Bahn fand schliesslich seine völlige Billigung.

Der Betrieb der Bern–Luzern-Bahn war von der Jurabahngesellschaft übernommen worden. 1884 änderte man den Namen in Jura–Bern–Luzern-Bahn um[3]. Fünf Jahre später wurde der Kanton Bern der Sorge um diese Bahn, welche so viel Aufregung hervorgerufen hatte, entledigt. Die

[1] Siehe S. 72ff. [2] Siehe S. 55ff.

[3] Vgl. VOLMAR, 176ff.; HALLER, 39f und 44f. (Diese Arbeit ist, zumindest was den Kanton Bern betrifft, unzuverlässig.)

Bahn fusionierte mit der Suisse Occidentale und Simplon-Bahn. Der Bernische Grosse Rat fasste den Beschluss zum Verkauf einstimmig – wobei das Ja Dürrenmatts bei einem Teil seiner Ratskollegen etwelche Heiterkeit erregte[4]. Seine Zustimmung war insofern besonders bemerkenswert, als er damals auf dem Höhepunkt seiner Gegnerschaft gegenüber der radikalen Politik auf kantonaler und eidgenössischer Ebene stand. Obschon er nur wenige Wochen vor dieser Abstimmung im Kampf gegen das Betreibungsgesetz eine empfindliche Niederlage hatte einstecken müssen[5], setzte er sich mit allen Mitteln für ein positives Ergebnis in der Volksabstimmung ein, nicht ohne die Gelegenheit zu benützen, seine Gegner darauf aufmerksam zu machen, wie falsch ihr Vorwurf sei, er betreibe eine sture, blinde Oppositions- und Obstruktionspolitik: «... auch der Volkszeitungsschreiber, so manchen harten Strauss er in jener Session mit der Mehrheit auszufechten hatte, sagte dazu herzhaft *Ja,* weil er überzeugt ist, dass das Scheitern dieser Vereinigung dem Kanton Bern nicht zum Vorteil, sondern zum Schaden gereichen würde...

Wer aber allenfalls aus Täubi, dass wir am 17. November unterlegen sind, am 8. Dezember mit Nein stimmen wollte, der würde seinen Zorn ganz am lätzen Ort auslassen und dazu den Kanton Bern am Verkauf der Bern–Luzernbahn und an der Abtragung seiner Schulden verhindern. Das wäre ein Schlag in's eigene Angesicht, vor welchem die Volkszeitung ihre Freunde vom 17. November getreulich und allen Ernstes warnen möchte...

So sieht die Obstruktion der Volkszeitung aus, von welcher die Radikalen behaupten, sie verwerfe Alles und Jedes was von Bern komme.»[6]

Natürlich konnte Dürrenmatt nicht umhin, in einem Titelgedicht auf die früheren Auseinandersetzungen anzuspielen:

Abschied von der Bern–Luzern-Bahn[7]

Fahre hin, du Unglücksbahn,
Berner, lasset sie den Welschen.
Dort fing unser Elend an

[4] TAGBLATT *1889,* 320. [5] Siehe S. 176 ff.
[6] Be V *1889,* 95. Vgl. den Artikel «Mit Freuden einmal Ja», Be V *1889,* 98.
[7] Be V *1889,* 95.

Mit Betrug und Aktenfälschen;
Heut' noch tragen wir daran,
Nehmet sie, die Unglücksbahn!

Sieben Millionen, traun,
Gibt's im Ganzen abzuschreiben,
Werft die Sieben über'n Zaun
Ohne langes Augenreiben;
Bringt den Resten unter Dach
Und verschmerzt den alten Krach.

Hass und Zwietracht war der Fluch,
Ach, wie oft hab ich's gesungen,
Den die Bahn durch's Entlebuch
Unserm armen Volk errungen,
Und des Schwindels höchste Kron'
War die Vorschussmillion.

Geh' du ungerat'nes Kind
Liberaler «guter Treuen»;
Wenn die Welschen glücklich sind
Mit der Falschen, soll's mich freuen;
Kind der Lüge und der Schmach,
Geh', ich weine dir nicht nach.

Die Vorlage wurde am 8. Dezember 1889 mit deutlichem Mehr angenommen. 38 346 Ja standen nur 4013 Nein gegenüber[8]. Dürrenmatt gab folgenden Kommentar zum Abstimmungsausgang: «Führwahr ein erhebendes Zeugnis für die politische Reife des Berner Volkes, das den geschwornen Feinden des obligatorischen Referendums gründlich den Mund stopfen wird. Wo sind nun die angeblichen 10000 stereotypen ‚Neinsager', die man in der systemsliberalen Presse fortwährend als Feinde eines jeden vernünftigen Fortschritts denunziert. Von den 4000 Neinsagern vom 8. Dezember sind doch wohl die Hälfte überzeugte Gegner der vollständigen Vereinheitlichung und die andre Hälfte vielleicht boshafte radi-

[8] TAGBLATT *1889*, 326.

kale Referendumsfeinde, die das obligatorische Referendum gerne durch eine möglichst grosse Zahl von Nein in Misskredit gebracht hätten.»[9]

Der versöhnliche Ausgang dieser leidigen Angelegenheit leitete in eine ruhigere Periode bernischer Eisenbahnpolitik über. Dürrenmatt versagte sich einer Zusammenarbeit nicht länger. Beschlüsse und Gesetz betreffend die Beteiligung des Staates an dem Bau neuer Eisenbahnlinien 1891, 1897 und 1902 genossen seine vollste Unterstützung. Er setzte sich in Rat und Zeitung für deren Zustandekommen ein. Wie sehr sich die politischen Leidenschaften in der kantonalbernischen Politik beruhigt hatten, erhellt auch die Tatsache, dass Dürrenmatt zum Mitglied der vorberatenden Kommissionen für die Vorlagen von 1897 und 1902 gewählt wurde[10].

Besonders erstaunlich ist Dürrenmatts aktives Eintreten für die Eisenbahnvorlage vom Jahre 1891, einem Jahr härtester politischer Auseinandersetzungen; er ging damals sogar weiter als seine Parteifreunde, die in dieser Angelegenheit Stimmfreigabe beschlossen hatten. Dürrenmatt war im Zentralkomitee warm für den Beschluss eingetreten, doch die Mehrheit stimmte dem Antrag Burren zu, der riet, gegenüber der Vorlage kühle Zurückhaltung und Neutralität zu wahren[11]. Dürrenmatt veröffentlichte in der «Buchsizeitung» zwar den Aufruf seiner Parteifreunde[12], liess sich aber nicht davon abhalten, eifrig für das Eisenbahngesetz des Grossen Rates Propaganda zu betreiben. Nicht zuletzt wurde er dabei von lokalpolitischen Interessen geleitet: «... Speziell der *Oberaargau,* der die Staatsfinanzen im Eisenbahnwesen bis jetzt so wenig in Anspruch nahm, als die Millionen für andere Landesteile nur so hin und her flogen, hat ein unbestreitbares Recht, mit der ihn so nahe interessierenden *Jura–Gotthard-Linie* berücksichtigt zu werden. Diese Berücksichtigung ist ihm im Grossen Rate, *Dank dem einmütigen Zusammenhalten beider Parteien* zu Teil geworden, und wird zuversichtlich auch durch die Volksabstimmung sanktioniert werden.

Wenn man aber einmal mit gutem Gewissen und sogar mit Begeisterung *Ja* stimmen kann, dann soll man auch energisch zur Sache stehen und

[9] Be V *1889,* 99. Vgl. das Titelgedicht dieser Nummer: «Der Tag der Eintracht.»
[10] TAGBLATT *1896,* 409; TAGBLATT *1902,* 32.
[11] PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 16. Juni 1891.
[12] Be V *1891,* 50.

gerade so massenhaft zur Urne eilen, wie wenn es gälte, das wuchtigste Nein zu schreiben...»[13]

Am 5. Juli 1891 stimmte das Bernervolk der Vorlage mit 26 584 Ja gegen 13 177 Nein zu[14].

Noch deutlicher gab Dürrenmatt während der Grossratsdebatte über den Subventionsbeschluss für die bernischen Eisenbahnen 1897 seiner veränderten Einstellung in dieser Frage Ausdruck. Ja er war sogar bereit zuzugeben, dass die Resultate der früheren Eisenbahnpolitik besser gewesen seien, als er damals befürchtet habe. «...Hingegen möchte ich doch die Gelegenheit benutzen, um meine Haltung gegenüber diesem Subventionsbeschluss zu rechtfertigen, und zwar namentlich mit Rücksicht darauf, weil der Sprechende, wie den meisten Herren Kollegen bekannt ist, mit der bernischen Eisenbahnpolitik nicht immer einverstanden war.

Die erste Epoche unserer Eisenbahnpolitik ist nunmehr abgeschlossen, und wir dürfen sagen: gottlob es ist besser herausgekommen, als wir erwarten durften. Es sei ferne von mir, gestützt auf das Vergangene, Rekriminationen anzustellen, nachträgliche Vorwürfe zu erheben. Allein um meine heutige Haltung zu rechtfertigen, ist es doch nicht ganz unangebracht die frühere Epoche mit der neuen Epoche, die für die bernische Eisenbahnpolitik mit dem heutigen Tage anbrechen soll, zu vergleichen. Ich will nicht leugnen, dass unsere leitenden Staatsmänner, welche die erste Periode unserer Eisenbahnpolitik durchgeführt haben, grosse Zielpunkte im Auge hatten und sie mit ausserordentlichem Talent und echt bernischer Zähigkeit zu Ende führten. Aber nebstdem ist jedermann bekannt, dass dabei manches mit unterlaufen ist, was nicht gerade zu den Eisenbahnsachen gehörte. Die bernische Eisenbahnpolitik war bis vor wenigen Jahren zugleich eine sehr prononcierte Parteipolitik...

Die zweite Epoche unserer Eisenbahnpolitik hat unter ganz andern Auspizien begonnen. In den gemeinschaftlichen Sitzungen der Staatswirtschaftskommission und der Eisenbahnkommission ist kaum ein Wort der politischen Anspielung gefallen. In allen Reden ist die volkswirtschaftliche Bedeutung in den Vordergrund getreten und mich hat bei meiner Stel-

[13] Be V *1891*, 51. [14] TAGBLATT *1891*, 327.

lungnahme namentlich die Betrachtung geleitet, nachdem in der ersten Periode die Städte und grossen Ortschaften durch Eisenbahnen verbunden worden seien, sei es nun an der Zeit, dass das Blut, der neue Saft, der durch das Verkehrsmittel der Eisenbahnen unser volkswirtschaftliches Leben speisen soll, nicht mehr nur in die grossen Adern, sondern auch in die äussersten Haargefässe hinausgeleitet werde...»[15]

Die Bernische Volkspartei unterstützte diesmal die Vorlage[16]. Dürrenmatt trug durch seine Propaganda in der «Buchsizeitung» nicht wenig dazu bei, dass die Vorlage am 28. Februar 1897 mit 50679 Ja gegen 15961 Nein angenommen wurde[17].

Dürrenmatts Haltung in der bernischen Eisenbahnpolitik änderte sich auch fünf Jahre später nicht, als 1902 über das neue Eisenbahnsubventionsgesetz beraten wurde.

Volkspartei und Dürrenmatt waren warme Befürworter der neuen Vorlage. Im Verlaufe dieser Kampagne wehrte sich Dürrenmatt in einem Leitartikel «Die Konservativen und die bernische Eisenbahnpolitik» gegen den Vorwurf, seine Partei missachte den von ihnen sonst verfochtenen Grundsatz der Sparsamkeit. Dürrenmatt verteidigte demgegenüber seine Haltung folgendermassen: «... Einverstanden mit der Sparsamkeit. Aber es ist zu unterscheiden zwischen richtiger und falscher Sparsamkeit. Zur richtigen Sparsamkeit rechne ich die Vermeidung von unnützen und unfruchtbaren, nicht der Allgemeinheit oder einem grossen Teil des Ganzen dienenden Ausgaben, von Ausgaben die nur der Grossmannssucht dienen, wie kostspielige, über unsre republikanischen Begriffe hinaus gehende *Prachtbauten* und die fortwährende Vermehrung der *Bureaukratie,* wie sie gegenwärtig namentlich im Bundeshaushalt, im Schwunge sind, zeitweise aber auch im kantonalen Haushalt vorkommen. Gegen diese Tendenz soll die konservative Partei jederzeit Stellung nehmen.

Eine falsche, am lätzen Ort angewendete Sparsamkeit aber wäre es, wenn wir Konservativen nun zum vornherein auch gegen alle Ausgaben stimmen wollten, welche zu *produktiven Zwecken* beschlossen werden, liegen dieselben nun auf ökonomischem oder geistigem Gebiete. Ausgaben,

[15] TAGBLATT *1897,* 30.
[16] PROTOKOLLE, Sitzung des engeren Komitees vom 2. Februar 1897.
[17] TAGBLATT *1897,* 161 f.

welche die materielle und geistige Wohlfahrt bezwecken (z. B. für Verkehr und Volksbildung) dürfen nicht ohne Weiteres von der Hand gewiesen werden. Und wenn es sich herausstellt, dass ihr direkter und indirekter Nutzen in einem annehmbaren Verhältnis zur Grösse der Opfer steht und dass das Opfer unsre Kraft nicht übersteigt, so meine ich, dürfe auch ein Konservativer der Zukunft etwas vertrauen und zu einem solchen Unternehmen verhelfen...»[18]

Dürrenmatts Appell an die Opferbereitschaft der Stimmbürger scheint seine Wirkung nicht verfehlt zu haben, denn am 4. Mai 1902 wurde das neue Eisenbahngesetz mit dem deutlichen Mehr von 43 867 Ja gegen 18 263 Nein vom Volke angenommen[19].

Vor allem zwei bernische Eisenbahnprojekte lagen Dürrenmatt am Herzen: einmal das Zustandekommen einer Bern–Schwarzenburg-Bahn, besonders aber der Bau der Linie Münster–Solothurn (Weissensteinbahn). Bei beiden spielte Dürrenmatts enge Beziehungen zu den betreffenden Landesgegenden die entscheidende Rolle. Den Projekten war noch etwas anderes gemeinsam: Sie gehörten zu den am härtesten umkämpften im Grossen Rat.

Der geborene Guggisberger war ein warmer Befürworter einer Bahn, welche die abgelegene und vernachlässigte Landschaft Schwarzenburg fester mit Bern verbinden sollte und ihr wirtschaftlichen Aufschwung versprach. In seinem Votum im Grossen Rat gab er einen kurzen Abriss der historischen Entwicklung der Gegend. Er bedauerte, dass die Guggisberger sich stets mehr nach dem näheren Freiburg hin orientiert hätten als nach dem weiter entfernten Bern. Mit dem Bau der Bahn versprach er sich eine stärkere Verbundenheit der Landschaft mit Bern[20].

Noch eifriger bemühte sich Dürrenmatt um das Zustandekommen der Linie Münster–Solothurn. Er begrüsste eine nähere Verbindung zwischen Oberaargau und Jura. Er war im Verwaltungsrat der Bahn und dort sogar Vertreter der Regierung[21]. Dürrenmatt verteidigte das Projekt energisch im Grossen Rat, wo der geplanten Bahn vor allem von den Bielern opponiert wurde, die lieber eine Bahn Münster–Grenchen gesehen hätten. Im Seeland und in den Kreisen, die eine gute Verbindung der Lötschbergbahn

[18] Be V *1902*, 35. [19] TAGBLATT *1902*, 288. [20] TAGBLATT *1901*, 81f.
[21] BERNER STAATSKALENDER *1900*, 130; *1905*, 153.

nach Frankreich wünschten, nahm der Widerstand gegen die Weissensteinbahn ständig zu[22].

Ich möchte hier nicht näher auf die Debatten, welche die Linienführung der Bahn zum Gegenstand hatten, eintreten, sondern zum Schluss nur noch auf einige Worte aus dem Votum Dürrenmatts hinweisen, welche dieser während der ersten Weissensteinbahn-Diskussion äusserte: «Es ist jedoch nicht nur die wirtschaftliche Bedeutung für den Kanton Bern, die den vorliegenden Subventionsbeschluss annehmbar macht, sondern derselbe enthält zugleich ein neues Band für die Einheit des Kantons. Es galt lange Zeit als Dogma, der neue Kanton dürfe nur in Biel mit dem alten Kanton verbunden werden. Nun wollen sich die beiden Kantonsteile zur Bekräftigung und Bestätigung der in der neuen Staatsverfassung niedergelegten Einheit auch durch den Kanton Solothurn hindurch die Hand reichen. Es ist dies ein sehr erfreulicher Umstand, den ich an dem vorliegenden Entwurf begrüsse. Dabei ist zu bemerken, dass auch die Vertreter des Seelandes, speziell der Vertreter der Stadt Biel, die an einem neuen Durchbruch durch den Jura nicht gerade sehr interessiert sind, patriotisch und weitsichtig genug waren, keine Einwendungen zu erheben. So hat der Subventionsbeschluss eine recht einheitliche, kantonale Bedeutung erhalten, neben der grossen regionalen Bedeutung, die ihm zukommt...»[23]

Dem Bau der Weissensteinbahn widmete Dürrenmatt mehrere Titelgedichte[24]; hier soll dasjenige zitiert werden, das er nach der Durchbohrung des Tunnels verfasste:

Der Weissenstein durchbohrt[25]

Ich hört'es pochen, hämmern...
Nun tönt von Ort zu Ort
Der Ruf beim Morgendämmern:
Der Weissenstein durchbohrt!

[22] TAGBLATT *1897,* 19ff.; *1902,* 93ff., 147ff.; *1903,* 294ff. [23] TAGBLATT *1897,* 30.
[24] Z.B. «Jitz weimer düre Wyssestei», Be V *1898,* 93. «Durch den Weissenstein», Be V *1891,* 30. – «Auf dem Weissenstein», Be V *1897,* 94.
[25] Be V *1906,* 78.

Die deutsch und welschen Berner
Sich treffen schon zum Fest;
Kein Umweg führt sie ferner
Vorbei nach Ost und West.

Sie reichen durch's Gebirge
Die Hand sich im Gestein;
So wird der Berg ein Bürge
Der Kraft und Eintracht sein.

Und Solothurn verkündet
Das Glück am Aarestrand;
Es trennt nicht, es verbindet
Das deutsch und welsche Land.

Das Zukunftstor steht offen,
Gefasst in Stein und Erz;
Es zieht ein neues Hoffen
In jedes Haus und Herz.

Ihr nennt das Volk «gemütlich»
Und kennt nicht seine Kraft;
Es tut sich nicht nur gütlich,
Es opfert, strebt und schafft.

Welch eine frohe Wendung,
Welch guter Schicksalsstern!
Glückauf nun zur Vollendung,
Der Tag ist nicht mehr fern.

Es sei hier noch einmal kurz auf Dürrenmatts Haltung gegenüber der Lötschbergbahn eingegangen[26]. Es ist betrüblich, dass ausgerechnet dieses Projekt Dürrenmatt erneut in unüberbrückbaren Gegensatz zum bernischen Freisinn brachte und die politische Atmosphäre im Kanton wiederum verschlechterte. So schloss sich für Dürrenmatt ein unseliger Kreis. Sowohl bei seinem Eintritt ins politische Leben wie bei seinem Abgang von der politischen Bühne setzte er sich auf dem Gebiete der Eisenbahnpolitik

[26] Siehe S. 55 ff.

dem unversöhnlichen Hass seiner Gegner aus. Und doch deutete bei Beginn der Planung für einen bernischen Alpendurchstich nichts auf eine solche Entwicklung hin, im Gegenteil: Noch im Jahre 1902 schrieb Dürrenmatt: «Ja der Lötschberg ist nach Erstellung des Simplontunnels für uns Berner geradezu eine Notwendigkeit, wenn unsre Hauptstadt – gegenüber Genf, Lausanne, Luzern, Zürich und St. Gallen – nicht verkehrstechnisch zu einer Provinzialstadt herabsinken und der grösste Teil des Kantons mit ihr eisenbahnpolitisch verserbeln soll.»[27] Dürrenmatt gehörte dem grossen Lötschbergkomitee an und war zur Zusammenarbeit bereit. Wie es zu seiner Opposition zu dem Projekt kam, wurde weiter oben ausführlich geschildert[28]. Dürrenmatt traf sich in seiner Einstellung zu dem Projekt mit den Sozialdemokraten. Dabei spielten prinzipielle Fragen eine Hauptrolle: Es ging darum, dass in so wichtigen und weittragenden Angelegenheiten das Parlament nicht überspielt werden durfte. Die Gegner der Lötschbergbahn waren nicht etwa überzeugte Anhänger eines Wildstrubelprojektes – sie wehrten sich nur dagegen, einer Vorlage die Zustimmung zu geben, welche von ihnen nicht sorgfältig geprüft werden konnte.

Am deutlichsten kommt dies im Votum von Grossrat Gustav Müller zum Ausdruck während der Debatte im Grossen Rate 1906. «...[Ich dagegen sage:] entweder der Lötschberg oder ein rationelles oder finanziell besseres Projekt. Die Opposition lehnt jede Verantwortung für eine derartige Zwangslage ab. Dieselbe hätte noch vor zwei Jahren vermieden werden können. Wenn man uns Rechnung getragen hätte und die beiden Linien Thun–Wildstrubel und Thun–Lötschberg durch Techniker miteinander hätte vergleichen lassen und der Vergleich zugunsten des Lötschberg ausgefallen wäre, so stündet Ihr heute vor einem einmütigen Rate. Ihr habt das versäumt, Ihr habt uns als Luft behandelt. Ich rede nicht aus persönlicher Empfindlichkeit heraus, sondern kämpfe für etwas, was mir noch wichtiger ist als ein einstimmiger Beschluss in der Lötschbergfrage, nämlich dass man Leute, die man in eine Kommission beruft, nicht als Figuranten und alle die massgebenden Instanzen nicht einfach als Jasager-Maschinen behandle, dass man ihnen nicht verunmögliche, sich ein eige-

[27] Be V *1902*, 35. [28] Siehe S. 55ff.

nes Urteil zu bilden und dass man in den vorberatenden Behörden nicht so vorgehe, wie es hier im Komitee und der Kommission geschehen ist, wo gestern noch ein mündliches Referat uns veranlassen sollte, den Finanzvertrag zu genehmigen und uns 10 Minuten Zeit gegeben wurden, um noch schnell diesen Vertrag durchzulesen und dann ja und amen dazu zu sagen. Meine Herren, das ist keine Kommissionsberatung mehr, sondern da haben wir es mit einem kleinen leitenden Komitee von leitenden Köpfen zu tun, das sagt, was es will, und alle andern sind nur dazu da, um den demokratischen Schein zu wahren. Wenn ich daher nicht für Eintreten stimme, tue ich es in Verteidigung eines guten demokratischen Rechts und der demokratischen Entwicklung des Kantons Bern. (Beifall.)»[29]

Das Drängen auf eine sofortige Genehmigung des Vertrages durch den Grossen Rat verteidigte Grossrat Will mit der Befürchtung, dass bei Ablehnung des Projektes die Verwirklichung eines bernischen Alpendurchstichs auf Jahrzehnte hinaus verunmöglicht sein werde – ja vielleicht für immer. Diesem Einwand begegnete Dürrenmatt mit folgender Begründung:

«Wenn die Idee gut ist, wird sie sich auch einige Jahre später als gut erweisen. Zurzeit ist sie jedoch nicht spruchreif und ich protestiere gegen die Drängerei, die man gegenüber dem Grossen Rat ausgeübt hat, um das Projekt durchzusetzen, und bei der es uns nicht möglich war, die Sache richtig zu prüfen. Es ist eine gute Regel, dass man alles prüfe und das Beste behalte; ich möchte nur das Beste behalten. (Beifall.)»[30]

Es stand von Anfang an fest, dass es den Opponenten nicht gelingen würde, ihren Standpunkt durchzusetzen – immerhin dauerte die Lötschbergbahndebatte drei Tage. So wurde zwar die schwerwiegende Frage innert kürzester Zeit durchgepeitscht, doch konnte sich die Opposition eindrücklich Gehör verschaffen. Und ohne die Richtigkeit der einen oder andern Überzeugung feststellen zu wollen: dadurch, dass die Opponenten so unerschrocken und nachhaltig ihre Meinung vertraten, haben sie der Demokratie einen grossen Dienst erwiesen.

Ein Jahr später hatten sich die Wogen der Empörung wieder geglättet. Die Diskussion über die Annahme des Bundesbeschlusses betreffend Sub-

[29] TAGBLATT *1906*, 305. [30] TAGBLATT *1906*, 314.

vention und Genehmigung der Finanzierung eines zweiten Geleises fand in einer bedeutend ruhigeren Atmosphäre statt.

Dürrenmatt ergriff dabei das Wort: «Es ist sicher nicht eine kampfeslustige Stimmung, die mich veranlasst, zu diesem Gegenstand das Wort zu ergreifen. Zum Beweis dafür kann ich mich darauf berufen, dass ich im Nationalrat wie alle andern Berner für die Subvention gestimmt habe und ich auch den vorliegenden Beschlussentwurf nicht anfechten will. Ich habe auch manche Bemerkung im Nationalrat, die mich gejuckt hätte, als guter Berner unterdrückt, aber hier ist es etwas anderes, hier sind wir unter uns Berner und da möchte ich mir doch eine Bemerkung erlauben namentlich über das formelle Vorgehen, das jetzt wieder eingeschlagen wird. Es stimmt zwar überein mit dem, was bisher gegangen ist, mit der Politik der Überraschungen und der Überrumpelung, wie wir sie in bezug auf die Lötschbergangelegenheit erlebt haben...»[31]

Regierungsrat Kunz gab in seiner Erwiderung der Erleichterung Ausdruck, dass sich die Leidenschaften beruhigt hätten. Immerhin hörte man aus seinen Worten die Ranküne über die vorausgegangene Auseinandersetzung noch heraus. Er warb aber um Verständnis für die schwierige Lage, in der sich das Lötschbergbahnkomitee befunden habe: «Ich gebe auch ohne weiteres zu, dass diese Angelegenheiten jeweilen in einem raschen, ja für alle, die berufen sind, durch ihre Stimmabgabe sich an der Schlussnahme zu beteiligen, zu raschen Tempo behandelt wurden. Allein das war nicht unsere Schuld. Wir hätten es alle sehr begrüsst, wenn es möglich gewesen wäre, die Sache mit Musse zu behandeln und wenn uns Monate zur Verfügung gestanden wären, uns in Ruhe alles abzuwägen, worüber wir oft in kurzen Stunden entscheiden mussten. Diese Entscheide sind uns wahrhaftig nicht leicht geworden, und ich habe heute einem Freunde gesagt, die letzte Woche zähle wie die Kriegsjahre nicht nur doppelt, sondern dreifach und wenn man auf die Länge so unter dem Gefühl der Verantwortlichkeit arbeiten müsste, so würde man es nicht aushalten...»[32]

[31] TAGBLATT *1907*, 552. [32] TAGBLATT *1907*, 553.

2. DIE EIDGENÖSSISCHE EISENBAHNPOLITIK

A) DER KAMPF UM DIE VERSTAATLICHUNG

Während sich Ueli Dürrenmatt in der kantonalen Eisenbahnpolitik über eine lange Zeitspanne zu einem Zusammengehen mit den Behörden bereit fand, stand er auf eidgenössischer Ebene ständig in Opposition. Er war einer der heftigsten Gegner einer Verstaatlichung der Eisenbahnen. Es soll hier nicht näher auf die Vorgeschichte eingetreten werden. In den ersten Jahren des Bundesstaates hatte das Prinzip des Privatbahnkaufes den Sieg davon getragen. Durch vielerlei Krisen aufgeschreckt, gerieten die Privatbahngesellschaften (die fünf bedeutendsten waren: die Nordostbahn, die Vereinigten Schweizerbahnen, die Centralbahn, die Suisse Occidentale – später Jura–Simplon-Bahn – und die Gotthardbahn) in immer grösseren Misskredit bei der Bevölkerung. Die Idee einer Verstaatlichung der Eisenbahnen gewann nicht zuletzt deshalb immer mehr Befürworter, weil in hohem Masse ausländisches Kapital an den Gesellschaften beteiligt war und man befürchtete, die ausländischen Kreise könnten ihren Einfluss missbrauchen und die Schweiz dadurch in eine unerwünschte Abhängigkeit geraten.

Bundesrat Emil Welti stand dem Post- und Eisenbahndepartement 1879, 1882 und von 1884 bis 1891 vor[33]. Er war ein überzeugter und konsequenter Förderer des freihändigen Rückkaufs. 1890 erwarb der Bund 30000 Prioritätsaktien der Jura–Simplon-Bahn. Die Räte stimmten zu; das Referendum wurde nicht ergriffen. Bundesrat Welti fühlte sich dadurch bestärkt, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzuschreiten. Im März 1891 beantragte er, die Hälfte aller Centralbahnaktien von einem deutsch-schweizerischen Bankkonsortium zu kaufen gegen Aushändigung 3% eidgenössischer Rententitel im Nominalwert von 1000 Franken. Dadurch sollte der Bund die Vorherrschaft in der Centralbahn erhalten. Aus den Beratungen in der Legislative ging jedoch schliesslich folgender Artikel hervor: «Der Bundesrat wird ermächtigt, die ganze Centralbahnunternehmung mit ihrem gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögen unter den im Vertrage vom 3. April 1891 zwischen dem Bun-

[33] Über Bundesrat Weltis Haltung in der Eisenbahnpolitik vgl. WEBER, 139ff.

desrat und dem Direktorium der Centralbahn vereinbarten Bedingungen anzukaufen.» Der Ständerat stimmte diesem Bundesbeschluss mit 21 zu 21 Stimmen zu (Stichentscheid des Präsidenten zugunsten des Beschlusses), der Nationalrat mit 80 zu 38 Stimmen[34].

Die «Berner Volkszeitung» nahm den Fehdehandschuh gegen den Kauf der Centralbahnaktien frühzeitig auf. Auffallend in diesem Kampf ist der ausgeprägt antisemitische Charakter in Dürrenmatts Kampagne. Schon die erste Meldung über den Beschluss des Bundesrates machte dies deutlich: «*Wenn das nicht Humbug ist:* 50000 Centralbahnaktien habe der Bundesrat von zwei deutschen Judenbanken und dem Zürcher Bankverein abgekauft gegen 30 Franken Rente per Aktie und per Jahr. Da die Eidsgenossenschaft bekanntlich für ihre Anleihen nicht mehr als 3% Zins zu bezahlen braucht, so entspricht dieser Zins von Fr. 1000 einem Ankaufspreis von Fr. 1000 per Aktie und doch ist der Nominalwert dieses Papiers 500 Fr. und auch auf der Börse war dasselbe noch, obschon durch die Bundesrätlichen Eisenbahnspekulationen schon künstlich in die Höhe getrieben, zu Fr. 830 zu kaufen. Hoffentlich schreitet da einmal doch das Schweizervolk ein, wenn die Bundesversammlung nicht den Mut hat, dem Bundesrat den Standpunkt klar zu machen.»[35]

Das Titelgedicht derselben Nummer hatte gar die Überschrift «Judenhandel»[36]:

O weh uns, wenn im Bundeshaus
der daitsche Jude bummelt;
Der grosse Schacher ist perfekt,
Die Schweizer sind beschummelt...

Schon am 15. April 1891 regte ein Mitarbeiter der Zeitung die Ergreifung des Referendums gegen den missliebigen Ankauf der Aktien an[37]. Trotz dieser Anzeichen war es nicht die Bernische Volkspartei, welche den

[34] B.BL. *1891, III,* 734. – STEN. BULLETIN *1891,* 333 f. [Nat.-Rat]; 237 f. [Ständerat]. – FUNK, 53 ff.

[35] Be V *1891,* 20.

[36] Be V *1891,* 20. Vgl. auch die Titelgedichte: «Lasst den bösen Handel», Be V *1891,* 45; «Am Giftbaum», Be V *1891,* Nr. 94; «Aus der Judenküche», Be V *1891,* 95, sowie die Artikel gegen das Eisenbahngesetz in der Be V 1891.

[37] Be V *1891,* 30.

Anstoss gab. Am 9. Juli 1891 traf das Zentralkomitee des Eidgenössischen Vereins diesen Beschluss[38]. Dürrenmatt rief aus: «Glückauf, wir folgen Dir[39]». Mit dem Titelgedicht: «Hurrah, zum Referendum!» forderte er seine Parteifreunde zu eifriger Unterstützung auf[40].

Durch die Festivitäten zur 600-Jahre-Feier der Eidgenossenschaft und der 700-Jahr-Feier der Stadt Bern verzögerte sich die Unterschriftensammlung. Am 19. August beschwor Dürrenmatt seine Gesinnungsfreunde, das Referendum gegen den Centralbahnhandel unverzüglich voranzutreiben. Dürrenmatt legte in seinem Leitariktel: «Nun rasch ans Werk!» seine Gründe dar: «Von den schweizerischen Bundesbehörden ist vor einiger Zeit über die Erwerbung der Centralbahn ein Kaufvertrag abgeschlossen worden, welcher unbedingt vor die schweizerische Volksabstimmung gehört, *weil das Schweizervolk unter allen Umständen die Zeche bezahlen muss.*

Dieser Handel geht dahin, dass die Eidsgenossenschaft den gegenwärtigen Besitzern der Centralbahn ihre Titel (100000 Aktien) um den Preis von *Fr.1000* per Stück abkauft, tut also im Ganzen 100000000 schreibe *hundert Millionen Franken,* welche die Eidsgenossenschaft aber nicht ausbezahlen, sondern auf alle Zeiten schuldig bleiben und zu drei Prozent verzinsen will...

Das hiesse ja wahrhaftig, *die Eidsgenossenschaft auf ewige Zeiten den Juden verschreiben;* ...

Nun sagen die grossen Eisenbahnpolitiker, welche in der Bundesversammlung regieren, freilich, die Zentralbahnaktien haben neben ihrem Nominalwert von Fr. 500 und neben ihrem Kurswert (welcher gegenwärtig auf 780, also noch lang nicht auf Fr. 1000 steht) noch einen besondern, *innern* Wert, welcher sogar höher als Fr. 1000 sei. Mit solchen unbestimmten, geheimnisvollen Floskeln spekuliert man auf diejenigen Leute, die sich um so mehr von einem Wort imponieren lassen, je weniger sie es verstehen. Was versteht man unter dem ‚*innern*' Wert der Zentralbahn-Aktien? Besteht der ‚innere' Wert, was die Eisenbahnpolitiker nicht zu *äussern* wagen, nämlich in dem ausserordentlichen *politischen* Wert, den der Radikalismus auf die Verstaatlichung des gesamten Eisenbahnwesens setzt? Dann heisst es für die die Opposition doppelt aufpassen; denn durch

[38] RINDERKNECHT, 211. [39] Be V *1891,* 55. [40] Be V *1891,* 55.

diese gewaltige Umwälzung, zu welcher der Ankauf der Zentralbahn unfehlbar in kürzester Zeit führen müsste, würde der radikalen Bundesbureaukratie eine ungeheure Macht zufallen, gegenüber welcher ihr gegenwärtiger Einfluss noch ein Kinderspiel ist: So bei 20000 Beamten und Angestellten, die dem Wink ihrer Vorgesetzten gehorchen müssen...

Und woher nimmt denn überhaupt die Bundesversammlung das Recht, den Ankauf der Eisenbahnen *ohne vorherige Revision der Bundesverfassung* zu beschliessen?»[41]

Am 26. September konnte Dürrenmatt melden: «Das Referendum gegen den Centralbahnhandel ist zustande gekommen.»[42]

Der Kampf um die Abstimmung wurde auf beiden Seiten hart und intensiv geführt. Die Argumentation bei Dürrenmatt blieb sich gleich – es ist aber leider in der immer leidenschaftlicher werdenden Auseinandersetzung eine auffallende Verstärkung der antisemitischen Komponente festzustellen. Am 6. Dezember 1891 wurde die Vorlage mit 289406 Nein gegen 130729 Ja verworfen[43]. Dürrenmatts Jubel war gross:

Müeti, hüt muess g'chüchlet sy[44]

Müeti, hüt muess g'chüchlet sy,
Gwunne ischt's, es blybt derby.
Nimm vom beschte Buurenanke,
Mira für nes Wüschli Franke,
Lue, das g'freut mi nit e chly.

Noch am Abstimmungstage reichte Bundesrat Welti sein Entlassungsgesuch ein. Kein Zureden seiner Parteifreunde vermochte ihn zu bewegen, auf seinen Entschluss zurückzukommen[45]. Diese Haltung vergrösserte noch Dürrenmatts Bewunderung für den Magistraten, den er – bei aller politischen Gegnerschaft – sehr geschätzt hatte. Und obschon auch in seiner Zeitung bedauert wird, dass die Abstimmung den Rücktritt Weltis als unangenehme Folge mit sich gebracht habe, fand Weltis Schritt Dürrenmatts vollste Zustimmung und reizte ihn in dem Gedicht «Ross und Rhinoceros» zu einem nicht gerade schmeichelhaften Vergleich zu Bundesrat

[41] Be V *1891*, 66. [42] Be V *1891*, 77. [43] B.BL. *1892, I*, 70ff. [44] Be V *1891*, 98.
[45] Über Bundesrat Weltis Rücktritt vgl. WEBER, 128ff.

Schenk, der nach der noch vernichtenderen Niederlage beim Schulartikel 1882 nicht zurückgetreten war[46].

Das Resultat dieser Volksabstimmung hatte eine tiefgreifende Wandlung in der Bundespolitik zur Folge: Anstelle Weltis wurde Joseph Zemp in den Bundesrat gewählt – der erste Katholisch-Konservative in der obersten Landesbehörde seit Bestehen des Bundesrates. Dürrenmatt zeigte sich über diese Wahl äusserst befriedigt und widmete dem Ereignis das hochgemute Gedicht: «Heil und Gruss dem Seegelände!»[47]

Schon nach kurzer Zeit schlug Dürrenmatts Freude über diese Wahl in resignierte Enttäuschung um: Der immer sichtbarer werdende Wandel der Katholisch-Konservativen von einer reinen Oppositionspartei zu einer am Staatsleben mitverantwortlichen Gruppe führte dazu, dass es auf eidgenössischer Ebene zu keinem Zusammengehen aller konservativen Kräfte kam und dem Radikalismus keine wirksame Alternative entgegengestellt werden konnte.

B) DAS BUNDESGESETZ ÜBER DAS RECHNUNGSWESEN DER EISENBAHNEN

Bundesrat Zemp fiel als Nachfolger Weltis die Verwaltung des Eisenbahndepartementes zu. Gleichzeitig vollzog sich bei ihm eine Änderung seiner bisherigen Politik: Er wurde zum Befürworter eines zentralistischen Kurses in der Eisenbahnfrage.

Schon bei Bekanntwerden des Abstimmungsresultates vom 6. Dezember 1891 war die Meinung verbreitet, es sei zwar der Ankauf der Zentralbahn gescheitert, nicht aber der Verstaatlichungsidee eine Absage erteilt worden[48].

1892 reichte Nationalrat Curti folgende Motion ein: «Der Bundesrat wird eingeladen, über die Eisenbahnfrage (Eisenbahnreform und Eisenbahnrückkauf) eine allseitige Untersuchung zu veranstalten und über sein Vorgehen in dieser Sache der Bundesversammlung beförderlich Bericht und Antrag vorzulegen.»[49] Im Ständerat brachte Cornaz einen ähnlichen Antrag ein. Beide Motionen wurden erheblich erklärt.

[46] Be V *1891*, 101. [47] «Heil und Gruss dem Seegelände!» Be V *1891*, 101.
[48] Vgl. WINIGER, 319f.; HALLER, 55f.; FUNK, 55. [49] WINIGER, 320. – HALLER, 62.

Freunde einer Verstaatlichung (Grütlianer, Sozialdemokraten, Schweizerischer Landwirtschaftlicher Verein) starteten eine Expropriationsinitiative. Bis zum 6. Dezember 1896 waren 53 395 Unterschriften gesammelt worden[50]. Da aber vom Bundesrat eine unverkennbar verstärkte Aktivität in der Eisenbahnpolitik zu erkennen war, beschlossen die Initianten, die Unterschriften nicht einzureichen. Bundesrat Zemp legte ein Bundesgesetz über das Rechnungswesen der Eisenbahnen vor. Damit sollten die nötigen Voraussetzungen für den Rückkauf der Eisenbahnen durch den Bund geschaffen werden. Das Gesetz beabsichtigte folgende Punkte zu regeln: Die Rechnungsführung jeder konzessionierten Linie konnte einzeln ausgeschieden werden. Ferner sollte die Buchführung über das Anlagekapital und die Betriebsergebnisse getrennt werden, daneben wurden Anlagekapital und Reingewinn in verbindlicher Weise umschrieben[51].

Die Gegner einer Eisenbahnverstaatlichung sahen in dem Gesetz sofort eine neuerliche Kampfansage. So warnte der Korrespondent der «Berner Volkszeitung» schon während der Verhandlungen im National- und Ständerat: »Der chronologischen Reihenfolge nach käme zuerst die *Eisenbahn-Verstaatlichung*. Da wird mich Mancher geschwind korrigieren wollen und sagen: Nein, das Gesetz über das *Rechnungswesen der Eisenbahnen*. Allein ich lasse mich nicht korrigieren. Die Eisenbahnverstaatlichung ist das Beherrschende, dem sich seit einiger Zeit jedes einzelne die Eisenbahnen betreffende Gesetz als Mittel zum Zweck unterordnen muss...»[52]

Der Beschluss, gegen das Gesetz das Referendum zu ergreifen, ging vom Eidgenössischen Verein aus[53]. Das Bestreben des Eidgenössischen Vereins, zwei weitere unpopuläre Gesetze dem Referendum zu unterstellen, um in deren Sog eine Verwerfung des Rechnungsgesetzes zu erreichen[54], war der Berner Volkspartei nicht bekannt[55]. Man behandelte im Zentralkomitee jedes Gesetz für sich; dabei war die Referendumsbewegung gegen das Viehhandelsgesetz am umstrittensten. Nach einlässlicher Beratung wurde beschlossen, sich an der Unterschriftensammlung gegen

[50] HALLER, 55ff. [51] FUNK, 59f. [52] Be V *1896*, 25.

[53] Vgl. RINDERKNECHT, 245ff.

[54] Es betraf das Viehhandelsgesetz und die neue Disziplinarordnung für die eidgenössische Armee.

[55] PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 4. August 1896.

alle drei Vorlagen zu beteiligen. Zweifellos war aber das Interesse am Rechnungsgesetz das Vorherrschende in der Volkspartei.

Dürrenmatt verfocht den Standpunkt der Opposition vehement, verwahrte sich aber dagegen, als Hauptinitiator der Bewegung zu gelten. So bemerkte er in einer Briefkastennotiz gegenüber dem «Nebelspalter»: «Zeichner des Nebelspalter: Sie Schmeichler! Mein Hosenbein ist gut getroffen, das Übrige viel zu erhaben. Ich werde Ihnen doch noch einmal meine Photographie schicken müssen.

Aber die Ehre der Hauptpersonen in diesem Referendumsritt haben Sie diesmal dem Lätzen erwiesen.»[56]

Folgende Einwände erhob die Bernische Volkspartei gegen das Bundesgesetz über das Rechnungswesen der Eisenbahnen:

«Wir verwerfen dieses Gesetz 1. weil dasselbe offenkundig den Zweck verfolgt, die eidsgenössische Bureaukratie auf das gesammte Eisenbahnwesen auszudehnen und somit um viele Tausende von neuen Beamten zu vermehren. Wir wollen keine Ausdehnung, sondern Beschränkung des Beamtenwesens;

2. weil durch die angestrebte Verstaatlichung der Eisenbahnen der Eidsgenossenschaft eine *Schuldenlast von mehr als* 1000 *Millionen* aufgebürdet würde, welche unser Vaterland unter die finanzielle Abhängigkeit ausländischer Gläubiger bringen und damit in schwere *politische Gefahren* stürzen müsste;

3. weil die Einführung neuer Eisenbahnlinien (Lokalbahnen) für Landesgegenden, welche bis jetzt vom Bahnverkehr abgeschnitten sind, durch dieses eindeutig der Verstaatlichung dienende Rechnungsgesetz ungemein erschwert, wenn nicht gänzlich unmöglich gemachte würde;

4. weil wir nicht zugeben können, dass die Eidsgenossenschaft durch die Aufhebung der vertraglich und konzessionsmässig garantierten Schiedsgerichte ein Beispiel von *Wortbrüchigkeit* und gewaltsamer *Rechtsverletzung* gebe, welches die Achtung vor geltenden Verträgen herabmindern und das Rechtsbewusstsein des Volkes überhaupt schwächen müsste.»[56]

Der Abstimmungskampf wurde auf beiden Seiten lebhaft geführt[57]. Am 4. Oktober 1896 wurden das Bundesgesetz über die Militärdiszipli-

[56] Be V *1896*, 43. [57] Be V *1896*, 79.

narstrafordnung mit 310992 Nein gegen 77169 Ja und das Gesetz über Gewährleistung beim Viehhandel mit 209118 Nein gegen 174880 Ja verworfen, das Rechnungsgesetz dagegen mit 223228 Ja gegen 176577 Nein angenommen. Dieses Ergebnis veranlasste Dürrenmatt zu folgendem Gedicht[58]:

Drei Ohrfeigen

Das war ein Tag voll Sonnenschein,
Zu schön fast gar zum Stimmen;
Drum schlug der Meister kräftig drein
Im Guten und im Schlimmen.
Ohrfeigen gab's in diesem Strauss
Nach links und rechts im Schweizerhaus.

Die ersten kriegten Levi Schmuel
Und seine Advokaten;
Die *Rechtseinheit* auf hohem Stuhl
Ist ihnen nicht geraten;
Es ist für's lebende Geschlecht
Genug schon am Betreibungsrecht.

Es klatscht, ich hör' den zweiten Klaps
Um Frey[59] den Grossen surren;
Der spricht gefasst: Verdient ich hab's
Und trag es ohne Murren;
Ich bin ja nicht vom Volk gewählt –
Ohrfeigen hab' ich nie gezählt.

Den dritten Schlag in's Angesicht
Sich selber gab der Meister;
Den Tintenschlecker traf er nicht,
Der wird nun kühner, dreister;
Doch bleibt geballt die Faust –
Schau besser, wen Du wieder haust!

[58] B.BL. *1896, IV,* 133ff. – Be V *1896,* 81. [59] Bundesrat Frey.

Und in seinem Kommentar meinte er: «Zwei Siege und eine Niederlage!

Mit dem Viehhandelsgesetz ist ein bedeutendes, mit kluger Berechnung aufgestelltes *Vorwerk der Rechtseinheit* gefallen. Wurde doch in den freisinnigen Aufrufen gerade diese Rücksicht als ein Hauptgrund zur Annahme in den Vordergrund gestellt; desto empfindlicher ist nun die Niederlage unserer Einheitsfanatiker...

Den Entscheid über das Rechnungsgesetz mag man bedauern, aber der Einfluss der radikal-zentralistischen Partei wird er schwerlich stärken. Durch die Abschwenkung des Herrn Zemp in's Lager der Zentralisten ist es freilich gelungen, die katholisch konservative Partei für einmal zu spalten: ‚Vaterland' Luzern, Zug und Zemp dürften aber ihres Sieges kaum sehr froh werden; seine eigene Partei zu entzweien ist doch schliesslich keine Heldentat...»[60]

c) DER RÜCKKAUF

Die Abstimmung vom 4. Oktober 1896 hatte gezeigt, dass die Stimmung im Volk einer Verstaatlichung des Eisenbahnwesens günstig war. Zudem war die Unzufriedenheit über die Privatgesellschaften in fortwährendem Zunehmen begriffen.

Bundesrat Zemp konnte es nun wagen, dem Volk eine Rückkaufsvorlage zu unterbreiten. Am 26. März 1897 wurde der Entwurf den eidgenössischen Räten zugestellt[61]. In der «Berner Volkszeitung» stiess das Gesetz gleich nach Bekanntwerden auf entschiedenste Ablehnung: «Der Gesetzesentwurf über die Erwerbung der schweizerischen Hauptbahnen durch den Bund ist den eidsgenössischen Räten nebst zudienender Botschaft des Bundesrates ausgeteilt worden. Der Entwurf will die Eisenbahnen von den gegenwärtigen Besitzern um eine Bagatelle erwerben, gelangt aber gleichwohl zu einer Summe, die der Eidsgenossenschaft eine *Schuldenlast von mehr als* 1000 *Millionen* aufbürden würde... Das Stärkste aber leistet

[60] Be V *1896*, 81.

[61] Über Entstehung und Inhalt des Entwurfs s. WINIGER, 398ff.

der Bundesrat in der Willkür damit, dass er diese grösste und wichtigste aller Neuerungen, die seit 1848 in der Eidsgenossenschaft vorgeschlagen wurden, *ohne Abänderung der Verfassung* durchsetzen will; demnach soll die Mehrheit der Stände und des Schweizervolkes nichts zu dieser hochwichtigen *Milliarden-Angelegenheit* zu sagen haben, d.h. die Stände gar nichts und das Volk nur, wenn 30000 Bürger es mit ihrer Unterschrift verlangen! Wiederholt hatte es vom Vorsteher des Eisenbahndepartements, Herrn Zemp, in den Zeitungen (auch in der Buchsizeitung) geheissen, derselbe werde unter allen Umständen zuerst die Verfassungs-Anfrage stellen lassen, und nun kommt der Mann, welcher in der Bundesversammlung einst selber die Einführung des obligatorischen Referendums (Motion Zemp, [Keel], Pedrazzini) verlangt hatte, und schlägt dem Rate, wie der erste beste radikale Referendumshässer, vor, sogar das obligatorische Referendum zu umgehen! Quae mutatio hominum! Wie cheu sich d'Lüt au ändere!»[62]

Am Parteitag vom 14. November 1897 beschloss die Bernische Volkspartei einstimmig, gegen das Eisenbahnrückkaufsgesetz das Referendum zu ergreifen. «Der ‚alte Bernermarsch', gespielt von der allzeit rührigen Harmoniemusik von Herzogenbuchsee, gab diesem Beschlusse die richtige Weihe.»[63]

Die Volkspartei gab nicht etwa das Signal: Schon am 7. November hatte eine Delegiertenversammlung der reformierten liberal-konservativen Gruppe der deutschen und französischen Schweiz die Einleitung einer Referendumsbewegung beschlossen[64]. Rührig unterstützte Dürrenmatt die Unterschriftensammlung, keine Nummer, die nicht in verschiedenen Artikeln und Aufrufen das neue Bundesgesetz bekämpfte. Das hohe Ergebnis der Unterschriftensammlung (weit über 80000) verwunderte Freunde und Gegner gleichermassen[65].

Der Abstimmungskampf gehörte zu den lebhaftesten in Dürrenmatts politischer Aktivität. Die Argumente gegen die Verstaatlichung waren wieder die Furcht vor der Stärkung der Bundesbürokratie, der Schuldenlast, und erneut klangen deutlich hörbare antisemitische Töne durch, obschon diese Kampagne weniger aufdringlich geführt wurde als 1891.

[62] Be V *1897*, 26. [63] Be V *1897*, 92. [64] Be V *1897*, 90. – RINDERKNECHT, 256.
[65] Be V *1898*, 5. – WINIGER, 420f. – RINDERKNECHT, 258.

Wenngleich der Kampf in erster Linie eine parteipolitische Auseinandersetzung war, gingen die Fronten doch mitten durch die Parteien; der Zwist im konservativen Lager wurde noch vergrössert. Der Bruch mit einem Teil der Sankt Galler Konservativen (Nationalrat Keel, Redaktor Baumberger von der «Ostschweiz»), der aus der Zeit des Alkoholmonopols datierte, aber auch seit dem Zentralbahnhandel, der Beutezuginitiative und dem Rechnungsgesetz bestand, wurde völlig irreparabel, ebenso die Gegenerschaft zu Regierungsrat von Steiger und seinen Gesinnungsfreunden. Auch der Graben zu den Luzerner Konservativen, die ihren Bundesrat begreiflicherweise nicht im Stich lassen wollten[66], verbreiterte sich zusehends.

Auf der andern Seite zeitigte der Kampf gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen das erstaunliche Ereignis, dass Dürrenmatt und Regierungsrat Gobat Seite an Seite fochten. Dies führte sogar dazu, dass Dürrenmatt eine Rede seines Erzgegners Gobat in der Buchsizeitung abdruckte[67]!

Der Grosseinsatz der Verstaatlichungsgegner hatte sich nicht gelohnt. Am 20. Februar 1898 stimmte das Schweizervolk dem Eisenbahngesetz mit 386634 gegen 182718 Stimmen zu[68].

Dieses Resultat bereitete Dürrenmatt eine bittere Enttäuschung. Er kommentierte: «Ein unglückseliger Tag für die schweizerische Eidsgenossenschaft. Gegen das Überhandnehmen eines allmächtigen Beamtenstaates wollten wir uns zur Wehr setzen, aber wir sind unterlegen, weil die allmächtige Bureaukratie schon da ist... Man kann nicht sagen, wir haben eine Bureaukratie; *die Bureaukratie hat uns;* wie die Fliege in einem Spinngewebe zappeln wir schon mitten drin...

Dass die politischen Oppositionsparteien als solche, die Konservativen reformierter und katholischer Konfession, in diesem gewaltigen Kampf unterlegen sind, betrachte ich als das kleinste Übel. Eine politische Niederlage wird gar leicht durch einen politischen Sieg wieder wett gemacht und ein mangelhafter Verfassungs- oder Gesetzesartikel kann wieder abgeändert werden. Aber dieser leichtsinnige Eisenbahnkauf kann durch keine folgende Abstimmung umgestossen werden, der *Mühlstein* bleibt, wie die englische ‚Pall Mall Gazette' sich furchtbar richtig ausdrückt, dem *Schwei-*

[66] WINIGER, 420ff. [67] Be V *1898,* 13. [68] B.BL. *1898, II,* 69ff.

zervolk am Halse hängen, mag es eines Tages noch so sehr über diejenigen fluchen, die ihm diese Zentnerlast angehängt haben. Diese unfehlbar eintretende Reue wird auch keine Satisfaktion sein für diejenigen, welche vor dem verhängnisvollen Entscheide gewarnt haben; denn Schuldige und Unschuldige werden von den unseligen Folgen dieses Handels gleich sehr betroffen werden. Heute freilich schwimmt die gewaltige Mehrheit in siegestrunkener Freude, was aber nicht sagen will, dass die Bundesräte und Nationalräte, welche jetzt in Bern ihre Triumphreden halten, etwa einen grössern Teil an Verantwortlichkeit übernehmen werden, als die Unterlegenen. Im Gegenteil – ein Bundesrat ist noch *niemals* für irgend etwas verantwortlich gemacht worden; wohl aber muss das missleitete Volk den Schaden stets selber tragen.

Wollte Gott, ich täuschte mich! Ich wäre der Erste, mich darüber zu freuen und wollte alsdann meinen Gegnern für meinen Irrtum sogar Abbitte leisten.»[69]

Einige Jahre später immerhin begrüsste er den ersten Bundesbahnzug mit folgendem Gedicht:

Der erste Bundesbahnzug[70]

Der erste Zug um Mitternacht
Rollt auf den Bundesbahnen;
Am Bahnhof grüsst das Volk und lacht,
Da winken Kranz und Fahnen.

Der Bierphilister lässt den Jass
Im Ochsen und im Bären –
Heut' fahr' ich einmal erster Klass'
Mir und dem Bund zu Ehren.

Des zwanzigsten Jahrhunderts Stern
Zur Siegesfahrt ihm leuchtet;
In Aarau, Olten und in Bern
Wird fleissig angefeuchtet.

[69] Be V *1898,* 16. [70] Be V *1901,* 2.

Im Salonwagen fährt die *Freud'*
Die Siegeslieder schallen;
Hervor aus gold'nem Ehrenkleid
Champagnerpfropfen knallen.

Da führt der *Stolz* das grosse Wort,
Der laut sich selbst bewundert:
Im Bund allein liegt unser Hort,
Ihm weih'n wir dies Jahrhundert!

Der *Freisinn* schenkte wacker ein:
Ihr könnt doch nicht bestreiten,
Die Ehre und der Sieg sind *mein*
Seit Jakob Stämpflis Zeiten.

Das *Kapital* zecht lustig mit:
So hört doch auf zu prahlen;
Ihr fahrt mit mir nur auf Kredit
Und müsst den Zins bezahlen.

Der *Zweifel* sprach: Mich dünkt der Gaul
Zwar auch ein Bisschen teuer –
Da fährt die Freud' ihm über's Maul
Nicht nörgeln bei der Feier!

Das war der Zug um Mitternacht,
Seltsam ward mir zu Mute;
Doch ob er mir auch bange macht –
Ich wünsch' ihm alles Gute.

Nicht frag' ich mehr, wer ihn bespannt,
Sobald er auf der Reise;
Die Fahrt geht durch das Vaterland –
Gott b'hüte das Geleise.

Skepsis herrschte zwar immer noch vor, doch konnte auch Dürrenmatt sich dem Ereignis nicht entziehen.

II. FINANZPOLITIK

Den finanziellen Aspekten eines Gesetzes oder einer politischen Entscheidung widmete Ulrich Dürrenmatt stets sein ganz besonderes Interesse[71]. Dabei stellte er als obersten Leitsatz kategorisch die Forderung: Die Ausgaben des Staates müssen sich nach den Einnahmen richten.

Zur Zeit Dürrenmatts differierten die verschiedenen Auffassungen über Finanzpolitik nicht so sehr – besonders traf dies im Kanton Bern, unter Führung des energischen Finanzdirektors Scheurer[72], zu. In dem einen Punkt war man sich auf beiden Seiten einig: Der Finanzhaushalt musste ausgeglichen sein. Auffassungen, wie sie heute geläufig sind, dass der Staat in die Wirtschaft eingreifen könnte und dass ein ausgeglichener Etat gar nicht so wichtig sei, wäre beiden Parteien suspekt und unannehmbar gewesen.

Der Unterschied lag eher in den Mitteln und Methoden: Versuchten die Radikalen, durch direkte und indirekte Steuern das notwendige Geld zu beschaffen, um die durch eine fortschrittliche Gesetzgebung vermehrten Ausgaben decken zu können, so wollte man auf konservativer Seite nicht vom Prinzip abweichen, dass sich die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten hätten.

Dürrenmatts Einstellung gegenüber der staatlichen Finanzpolitik hatte verschiedene Ursachen. Einmal war schon seine ganze Erziehung darauf ausgerichtet gewesen, ihn zur Sparsamkeit anzuhalten. Man darf die Herkunft und die Verhältnisse in seinem Elternhaus nicht ausser acht lassen[73]. Sicher ist, dass das Vorbild der Mutter, der es durch äusserste Sparsamkeit gelang, die Familie in Ehren durchzubringen, seine Haltung für alle Zeiten prägte. Auch die ganze Umgebung in seiner Heimat Guggisberg begünstigte diese Entwicklung.

Bestärkt wurde Dürrenmatt in seiner Überzeugung bei seinem Eintritt in die Politik durch das negative Beispiel, das die damalige Regierung durch ihre leichtfertige Finanzpolitik gab[74].

[71] Im Grossen Rat fand kaum eine Verhandlung über den Staatsverwaltungsbericht statt, ohne dass Dürrenmatt das Wort ergriff.

[72] Alfred Scheurer stand dem Finanzdepartement von 1878 bis 1904 vor.

[73] Siehe S. 31 ff. [74] Siehe S. 72 ff.

Neben dieser aus seiner Herkunft bedingten Sparsamkeit war aber für Dürrenmatts Haltung finanzpolitischen Überlegungen gegenüber noch ein Weiteres ausschlaggebend: Dadurch, dass der Regierung die Geldmittel beschränkt wurden, sollte erreicht werden, dass die Macht des Staates eingedämmt wurde. Deshalb drängte Dürrenmatt immer wieder auf Vereinfachung des Staatshaushaltes[75]. Noch ausgeprägter war diese Einstellung dem Bunde gegenüber: Daher auch seine unterschiedliche Beurteilung der Eisenbahnpolitik des Kantons Bern und der des Bundes[76].

Obschon Dürrenmatt den meisten Projekten, die zum modernen Wohlfahrtsstaat führen sollten, seine Zustimmung versagte, kann man nicht einfach folgern, dass er der sozialen Not kein Verständnis entgegenbrachte; man kann dies deutlich in seinen Voten zum Armengesetz verfolgen[77].

In dieser Arbeit sollen als Beispiele für Dürrenmatts Haltung die Salzpreisfrage, die bernischen Steuer- und Erbschaftssteuergesetze und, auf eidgenössischer Ebene, die Zollinitiative erläutert werden.

1. DIE SALZPREISFRAGE: DER KAMPF UM DIE HERABSETZUNG DES SALZPREISES[78]

Die Frage des Salzpreises und des Salzmonopols bildeten oft ein Kampfmittel politischer Parteien.

Das Dekret, das seit dem Jahre 1852 den bernischen Salzpreis regelte, beruhte auf dem von den helvetischen Behörden am 4. Mai 1798 erlassenen Gesetz «betreffend ausschliesslicher Handel des Salzes in der ganzen Republik auf Rechnung des Staates». Dieses Gesetz bestimmte:

«1. Der Kauf und Verkauf des Salzes in der ganzen Republik soll ausschliesslich auf Rechnung des Staates geschehen, folglich soll es jedermann verboten sein, ihn auf seine eigene Rechnung zu führen!

[75] Z.B. Motion Flückiger betr. Vorlage zur Vereinfachung des Staatshaushalts... TAGBLATT *1890*, 107. Verhandlungen darüber: TAGBLATT *1890*, 159ff.; Votum Dürrenmatt, 161f. usw.

[76] Siehe S. 216ff. [77] Siehe S. 296ff.

[78] Zur Salzpreisfrage vgl. GUGGISBERG, «Bernischer Salzhandel».

2. Das Direktorium soll eingeladen werden, die Anstalt zu treffen, um Akkorde und Käufe abzuschliessen, die es nachher dem gesetzgebenden Korps zur Genehmigung vorlegen wird.»[79]

1852 wurde der Salzpreis auf 20 Rappen per Kilogramm festgesetzt[80]. Aus landwirtschaftlichen Kreisen wurden immer wieder Vorstösse unternommen, die eine Reduktion des Salzpreises zum Ziele hatten, doch war ihnen kein Erfolg beschieden.

Während der ersten Beratung des Steuergesetzes von 1890, im Juli 1888, machte Grossrat Bigler, Käsehändler in Biglen, darauf aufmerksam, dass die Landwirtschaft durch die indirekte Salzsteuer unverhältnismässig hoch belastet werde. Er forderte, das Salzmonopol solle entweder aufgehoben werden oder man solle der Landwirtschaft bei den direkten Steuern mehr entgegenkommen[81].

Bei der Behandlung des Staatsverwaltungsberichtes für das Jahr 1887 im November 1888 nahm Dürrenmatt diese Anregung auf und stellte folgendes Postulat: «Die Regierung wird eingeladen, zu untersuchen und dem Grossen Rate beförderlichst Bericht zu erstatten, ob und auf welche Wege der Verkaufspreis des Salzes zu ermässigen sei.»[82]

Dürrenmatt begründete seine Forderung damit, dass in den meisten Kantonen der Salzpreis bedeutend billiger sei. Er sah in einer solchen Massnahme eine reelle Chance, der Landwirtschaft ein wenig zu helfen. Anstelle der Salzsteuer schlug Dürrenmatt eine Tabaksteuer vor[83]. Regierungsrat Scheurer hatte keine Bedenken, den Antrag Dürrenmatt in dieser Form anzunehmen, warnte aber zugleich vor den finanziellen Folgen, die durch die Reduktion des Salzpreises eintreten könnten[84]. Das Postulat Dürrenmatt wurde stillschweigend angenommen[85].

Im November 1889 beklagte sich Dürrenmatt, dass in der Frage der Ermässigung des Salzpreises immer noch kein Bericht vorliege. Vom Regierungsrat wurde ihm bedeutet, er solle seine Aufforderung während der Budgetberatung nochmals stellen[86].

Bei der Beratung des Voranschlages für 1890, im Dezember 1889, beantragten Regierung und Staatswirtschaftskommission, von einer Reduk-

[79] GUGGISBERG, 53f. [80] GUGGISBERG, 60. [81] TAGBLATT *1888*, 125.
[82] TAGBLATT *1888*, 345. [83] TAGBLATT *1888*, 145. [84] TAGBLATT *1888*, 347.
[85] TAGBLATT *1888*, 348. [86] TAGBLATT *1889*, 229.

tion des Salzpreises dermalen abzusehen. Folgende Gründe wurden geltend gemacht: Das Gleichgewicht der Finanzen sollte nicht gestört werden. Ausserdem habe der Staat noch dringende Aufgaben, die grosse finanzielle Opfer verlangen würden, so die Erweiterung der Irrenpflege, daneben öffentliche Werke aller Art, wie Strassenbauten, Flusskorrektionen usw. Es sei nicht möglich, ein Äquivalent für die Salzsteuer zu finden[87]. Dürrenmatt zeigte sich von dieser Antwort schwer enttäuscht. Er warf Regierungsrat Scheurer vor, er habe die Finanzlage stets rosig geschildert, wenn das Budget durch alle möglichen grossen Ausgaben wie den Beitrag ans Nationalmuseum belastet wurde; jetzt, da eine Ermässigung des Salzpreises gefordert werde, sehe er plötzlich schwarz. Dürrenmatt meinte, das Gesetz von 1898 sei eingeführt worden, um dem Volk billiges Salz zu verschaffen und nicht, um Steuern zu gewinnen, denn in der Erwägung heisse es: «*dass das Volk immer diesen unentbehrlichen Gegenstand seiner Lebensbedürfnisse im wohlfeilsten Preise erhalte und niemals von der Habsucht der Händler abhange.*»[88]

Dürrenmatt stimmte zwar Regierungsrat Scheurer zu, dass die Erweiterung der Irrenpflege eine humane, erhabene Bestrebung sei. Er wandte aber ein, prophylaktische Mittel seien ebenso nötig, und dazu rechne er die Bekämpfung der Trunksucht und einen bessern Religionsunterricht; Irrenwesen und religiöses Leben ständen in naher Beziehung zueinander. Man brauche nicht nur Geld, sondern auch Mittel, die in der sittlichen Natur des Menschen begründet seien[89]. Dürrenmatt gelang es nicht, seinen Standpunkt durchzusetzen. Mit 77 Ja gegen 66 Nein stimmte der Grosse Rat dem Antrag der Regierung zu[90].

Schon nach kurzer Zeit unternahmen die Konservativen einen neuen Vorstoss. Am 2. Juni 1890 reichten Grossrat Flückiger und acht Mitunterzeichner folgende Motion ein: «Die unterzeichneten Mitglieder des Grossen Rates stellen den Antrag: Der Regierungsrat sei einzuladen, dem Grossen Rate bis zur nächsten Session eine Vorlage zu machen über Herabsetzung des Salzpreises.» Unterzeichnet war sie von Oberst Daniel Flückiger, Johann Wälchli, Johann Friedrich Jenzer, Rudolf Hofer, Johann Egger,

[87] TAGBLATT *1889*, 354ff. [88] TAGBLATT *1889*, 357.
[89] TAGBLATT *1889*, 357f.
[90] TAGBLATT *1889*, 360f.

Ulrich Dürrenmatt, Dr. Jakob Reber, Johann Rudolf Weber, Johann Morgenthaler (Leimiswil)[91].

Dieser Anzug wurde dem Rat erst am 29. Juli zur Beratung unterbreitet[92]. Oberst Flückiger begründete das Begehren damit, dass die Staatsfinanzen nun in Ordnung seien. Ausserdem betonte er, dass in den meisten Kantonen das Salz billiger sei. Wie früher Dürrenmatt machte er geltend, dass ein Teil des Einnahmenausfalls dadurch wettgemacht werden könnte, dass bei Senkung des Salzpreises der weitverbreitete Schmuggel aus andern Kantonen unterbunden werde. Die Ablehnung von Dürrenmatts Vorstoss im vorangegangenen Jahre habe überall auf dem Lande grosse Unzufriedenheit hervorgerufen[93]. Die Motion löste eine lebhafte Diskussion aus. Regierungsrat Scheurer meinte, eine allgemeine Revision der Steuergesetzgebung müsse auf jeden Fall vorgenommen werden, in diesem Zusammenhange werde auch diese Frage genau geprüft. Gegen eine Erheblichkeitserklärung sei nichts einzuwenden[94]. Der Antrag wurde einstimmig erheblich erklärt[95]. Allerdings erfolgte die Erheblichkeitserklärung nicht im Sinne der Motionäre, hatte der Regierungsrat doch erklärt, er werde eine Neuregelung des Salzpreises nur in Zusammenhang mit einer Revision des gesamten Steuerwesens ins Auge fassen[96]. Die Empörung bei Dürrenmatt und seinen Gesinnungsfreunden war gross, herrschten ja damals zwischen Konservativen und Radikalen in allen Lebensfragen unüberbrückbare Differenzen[97].

Dürrenmatt indes liess sich nicht entmutigen. In der Oberaargauischen Volkspartei – die Bernische Volkspartei hielt sich aus der ganzen Auseinandersetzung heraus und liess Dürrenmatt alles allein machen, wie dieser einmal mit leisem Vorwurf bemerkte[98] – wurde beschlossen, den Petitionsweg zu beschreiten. Am 1. November 1890 erliess Dürrenmatt einen Aufruf in der «Buchsizeitung», in dem er seine Leser aufforderte, die Salzpreis-Petition zu unterzeichnen[99]. Er hoffte, die Unterschriften bis zum

[91] TAGBLATT *1890*, 100. [92] TAGBLATT *1890*, 137ff.
[93] TAGBLATT *1890*, 137. [94] TAGBLATT *1890*, 143f.
[95] TAGBLATT *1890*, 144.
[96] Vgl. den Artikel «Der Kampf gegen Volk und Gesetz», Be V *1890*, 62.
[97] Siehe S. 164.
[98] PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 24. November 1890.
[99] Be V *1890*, 88.

Sessionsbeginn am 24. November zusammenzuhaben. Die Zeit war äusserst knapp bemessen. Die Aufforderung zum Unterschreiben unterstützte Dürrenmatt mit folgendem Titelgedicht:

Begleitschreiben zur Salzpreis-Petition[100]

Der Grosse Rat hört manchmal schwer
Und frägt oft lang: wie, was und wer,
Wenn er nicht will verstehen;
Drum rufen wir es lauter noch:
Der Salzpreis steht uns viel zu hoch,
Ihr müsst heruntergehen!

Genug jetzt der Beschwichtigung!
Mit schönen Reden voller Schwung
Lässt keiner mehr sich trösten;
Dafür seid Ihr in diesem Rat,
Dass Ihr uns helfet durch die Tat,
Ihr «Wägsten und Ihr Besten»!

So lange warten wir im Gang,
Ihr habt uns fünfzig Jahre lang
Mit Worten hingehalten;
Geduldig trugen wir die Last;
Wir wussten ja, Ihr hattet fast
Nur *Schulden* zu verwalten.

Vorbei ist nun die Zeit der Not,
Der Staatsbank'rott uns nicht mehr droht
Wie vormals zu erdrücken;
So nehmt Euch jetzt der Bauern an,
Für die Ihr wenig noch getan
Mit Lust aus freien Stücken.

[100] Be V *1890*, 89.

Denn wenn es diesmal jetzt nicht geht,
Dann kommen immer wir zu spät,
Wir bleiben Aschenbrödel;
Des Goldes Segen wird verteilt,
Wo er nicht grossen Schaden heilt –
Für Tandelei und Trödel.

Die harrend stehen vor der Tür,
Sie fordern keine Ungebühr
Und ohne Uebertreiben;
Doch dass der Wunsch bekomme Kraft,
Heisst's nun vor Allem, massenhaft
Die Bogen unterschreiben!

Der Bewegung war ein voller Erfolg beschieden. Am 24. November 1890 konnte Dürrenmatt dem Präsidium des Grossen Rates eine Petition mit 16223 Unterschriften einreichen[101], in der gefordert wurde, den Salzpreis um die Hälfte herabzusetzen, d. h. 10 Rappen per Kilogramm.

Über diese Petition wurde am 28. November verhandelt[102].

Die Regierung gab sich Rechenschaft, dass die Volksstimmung in einem grossen Teile des Kantons eine Reduktion des Salzpreises wünschte[103]. Deshalb stellte sie folgenden Antrag: «Es sei in der zu machenden Vorlage betreffend Herabsetzung des Salzpreises eine Reduktion desselben von 5 Rappen per Kilo vom 1. Januar 1892 hinweg in Aussicht zu nehmen.

Der Regierungsrat habe in der bezüglichen Vorlage darauf Bedacht zu nehmen, dass trotz der Herabsetzung des Salzpreises das Gleichgewicht im Staatshaushalt nicht gestört werde.»[104]

Diesem Vorschlag wurde mit 148 Ja bei einer Enthaltung zugestimmt[105].

Das Vorgehen der Regierung ging Dürrenmatt nicht rasch genug; der unbequeme Mahner erkundigte sich im Rat immer wieder nach dem Schicksal der Vorlage[106].

[101] TAGBLATT *1890*, 178. [102] TAGBLATT *1890*, 288ff. [103] TAGBLATT *1890*, 293.
[104] TAGBLATT *1890*, 294. [105] TAGBLATT *1890*, 294f.
[106] TAGBLATT *1891*, 273, 352f.

Am 3. Juni 1891 wurde die Kommission betreffend Reduktion des Salzpreises bestellt, in die auch Dürrenmatt gewählt wurde[107]. Es war das erste Mal seit seiner Zugehörigkeit zum grossen Rate 1886, dass er zum Mitglied einer Kommission ernannt wurde!

Am 22./23. Dezember 1891 fand die Schlussberatung über das neue Salzdekret statt[108]. Damit wurde der Salzpreis um 5 Rappen auf 15 Rappen per Kilo herabgesetzt. Eine Vorlage, die Mittel und Wege vorsah, den Ausfall zu decken, lag allerdings nicht vor. Regierungsrat Scheurer hoffte, dass trotz allem kein Defizit eintreten werde[109]. Die Diskussion war sehr lebhaft; die Opposition gegen die Vorlage kam vor allem von den Mitgliedern der Staatswirtschaftskommission, die glaubten, einer Herabsetzung des Salzpreises nicht zustimmen zu können, wenn der Ausfall nicht anderwärts gedeckt werden könne. Trotz vieler eindringlicher Warnungen wurde jedoch das Dekret mit grosser Mehrheit angenommen[110].

Dürrenmatt begrüsste diesen Entscheid sehr – merkwürdigerweise stellte er ihn in dem Artikel «Ende gut, Alles gut»[111] ganz besonders als einen Erfolg der Bernischen Volkspartei heraus, obschon er in Wirklichkeit seinem Einsatz zu verdanken war, während sich die Partei völlig passiv verhalten hatte[112].

Es sollte nicht die letzte Auseinandersetzung um den Salzpreis im Grossen Rat bleiben. Um die Jahrhundertwende brandete der Kampf von neuem auf. Die Finanzlage des Kantons hatte sich verschlechtert; die Regierung versuchte durch verschiedene Massnahmen, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Um das Defizit zu decken, standen der Regierung zwei Möglichkeiten offen: entweder die direkten Steuern zu erhöhen oder den Ausfall durch vermehrte Einnahmen aus indirekten Steuern zu decken. Die Erhöhung des Salzpreises und eine Revision des Erbschaftssteuergesetzes versprachen eine jährliche Mehreinnahme von 500000 Franken. Um der Landwirtschaft etwas entgegenzukommen, war vorgesehen, von den Mehreinnahmen einen Betrag von 50000 Franken zur Bildung eines Viehversicherungsfonds zur Verfügung zu stellen[113].

Im Grossen Rat traf die Vorlage auf die starke Gegnerschaft der Konser-

[107] TAGBLATT *1891*, 315. [108] TAGBLATT *1891*, 523ff. [109] TAGBLATT *1891*, 523.
[110] TAGBLATT *1891*, 535f und 539. [111] Be V *1891*, 104. [112] Siehe S. 233.
[113] TAGBLATT *1900*, 45ff.

vativen und der Sozialdemokraten, aber auch manch freisinniger Vertreter aus Landwirtschaftskreisen. Die Argumente der Opposition waren dieselben wie früher[114], nur traten diesmal noch andere Motive hinzu: Die Sozialdemokraten und in noch stärkerem Masse die Konservativen erklärten, sie würden weder neuen Steuern noch Steuererhöhungen zustimmen, solange das proportionale Wahlverfahren nicht eingeführt werde. Die Sozialdemokraten schlossen sich bei der Erhöhung des Salzpreises der Argumentation der Bernischen Volkspartei an, da es sich – im Gegensatz zum Erbschaftssteuergesetz[115] – hier nicht um eine Frage handle, die die Grundsätze ihrer Partei berühre[116]. Dürrenmatt begründete seine ablehnende Haltung vor allem damit, dass vor Bewilligung neuer Staatseinnahmen erst das Proporzverfahren bei den Grossratswahlen eingeführt werden müsse, meinte aber ausserdem, die Hauptursache der finanziellen Schwierigkeiten sei verursacht durch das neue Primarschulgesetz[117]. Er erklärte: «Nun ist allseitig zugegeben und steht auf Pergament geschrieben, dass dieses Gesetz uns die Kompetenz einräumt, die Staatssteuer um $^{3}/_{10}$ % zu erhöhen, und ich verwundere mich, dass weder der Herr Finanzdirektor, noch einer der bisherigen Herren Redner auf den gesetzlich vorgezeichneten Standpunkt kommt, wir werden von dieser vom Volk uns im Primarschulgesetz eingeräumten Kompetenz Gebrauch machen. Das ist der richtige Weg, das ist der logische Schluss, der sich aus der Million, die wir für das Schulwesen mehr aufzuwenden haben, ergibt, dass wir von der uns vom Volk verliehenen Kompetenz Gebrauch machen.

Das Primarschulgesetz sagt nicht, wenn durch die Mehrausgaben das Gleichgewicht gestört werde, so erhalte der Grosse Rat die Kompetenz, den Salzpreis zu erhöhen, sondern es bestimmt, wenn die Einnahmen nicht ausreichen, müsse der Steuerzahler mit $^{3}/_{10}$ % Extrasteuer daran glauben.

Nun stelle ich einen bezüglichen Antrag nicht, denn es liegt nicht in meiner Aufgabe, zu verlangen, dass absolut Steuern erhöht werden...»[118]

Mit 86 gegen 71 Stimmen wurde Eintreten auf die Vorlage beschlossen[119]. In der Detailberatung kam man überein, den Salzpreis auf 18 Rappen per Kilogramm festzusetzen und einen Betrag von 100 000 Franken an

[114] Siehe S. 232f. [115] Siehe S. 247ff.
[116] Votum Zgraggen, TAGBLATT *1900*, 58f. [117] Siehe S. 373f.
[118] TAGBLATT *1900*, 56ff. [119] TAGBLATT *1900*, 62.

die Viehentschädigungskasse vorzusehen. Das Dekret sollte vorerst für drei Jahre in Kraft treten[120].

Gegen diesen Beschluss des Grossen Rates regte sich bald überall im Lande starke Opposition. Keine Nummer der «Berner Volkszeitung» erschien, in der nicht in Zuschriften und Berichten gegen die Salzpreiserhöhung polemisiert wurde[121]. Dürrenmatt setzte sich nochmals grundsätzlich mit der Frage auseinander: «... In das Projekt der bernischen *Finanzrekonstruktion* macht die Salzinitiative freilich ein kleines Loch, und wenn das Erbschaftssteuergesetz verworfen wird, woran kaum zu zweifeln, so wird für die Finanzreform ohne Zweifel eine andere Grundlage gesucht werden müssen. Dieser Boden heisst *politische Rekonstruktion* durch *Proportionalwahl* des Grossen Rates und *Volkswahl* der Regierung ... es muss guter Wille dazu vorhanden sein *hüben* und *drüben*, und dass er hüben vorhanden ist, das hat die Volkspartei in den wichtigsten bernischen Verfassungs- und Gesetzgebungsfragen der letzten Jahre tatsächlich bewiesen. Nun sollen die Freisinnigen uns auch einmal entgegenkommen!»[122]

Der Gedanke, durch eine Gesetzesinitiative den Beschluss der Regierung wieder rückgängig zu machen, wurde rasch in die Tat umgesetzt. Gross war die Versuchung, die Salzpreisinitiative mit der Forderung nach Proportionalwahl des Grossen Rates und Volkswahl des Regierungsrates zu koppeln[123]. Man sah schliesslich davon ab, um das wirtschaftliche Volksbegehren nicht mit politischen Forderungen zu verquicken[124].

Das Initiativkomitee bildete sich aus den Landwirtschaftskreisen des Oberaargau. Dürrenmatt gehörte ihm nicht an. Präsident war Gemeinderatspräsident Christen von Thörigen, Sekretär Gemeinderatspräsident Roth von Inkwil und Beisitzer Gemeinderatspräsident Bösiger von Wanzwil[125]. Im Gegensatz zur Bewegung von 1891 wurde das Initiativbegehren von der Bernischen Volkspartei aktiv unterstützt[126].

Natürlich lieh Dürrenmatt den Initianten seine Feder in Artikeln und mehreren Titelgedichten, z. B. im folgenden:

[120] TAGBLATT *1900*, 68. [121] Be V *1900*, 11 ff. [122] Be V *1900*, 21.
[123] TAGBLATT *1900*, 57. – Be V *1900*, 13 und 21. [124] Be V *1900*, 21.
[125] Be V *1900*, 13.
[126] Vgl. die PROTOKOLLE der Sitzungen des Zentralkomitees 1900 und dem Parteitag von Kalchofen vom 18. März 1900.

Buurezorn[127]

Buure, dir syt sälber d'schuld,
Dass dir's so verlüüret;
Buure, fasset jitz Geduld,
Chaufet Salz u stüüret!

Wohlfeils Salz – jitz heiter's gha,
G'gessen ist's und gfresse;
Wer ech's denn het abe tha,
Heit er au vergesse.

Gester gha u hüt la gah –
Schändlich ist es gange;
Weiter's wieder billig ha,
Cheuter lang druf blange.

Gförchtet hei sie d' *Volkspartei*
No vor zehe Jahre;
Ueser Referendums-Nei
Sy i d'Bei ne gfahre.

Aber hüt wie ehedem,
Buure wenn d'r wahlet,
Näht der Manne vom System –
He so nu, su zahlet!

De chunt d'Mehrheit, rüümt u raubt,
Was d'r heit erstritte;
Ihne ist ja Alls erlaubt,
Wie vor alte Zyte.

Dir heit's selber mit ne gha,
Wüsster, bim *Proporze!*
Dass dir üs im Stich heit glah,
Chehrt Euch selber d'Storze.

[127] Be V *1900*, 11.

Buure i der Minderheit,
Weiter siege lehre,
Schaffet *Wahlgerechtigkeit,*
Dass d'r ech cheut wehre!!

Schon nach sehr kurzer Zeit, am 9. März 1900, konnten die Initianten 25 640 Unterschriften bei der Staatskanzlei abgeben, die folgendes «Gesetz über den Salzpreis» dem Volke zur Annahme vorlegen wollten:

«Art. 1. Der Preis des Salzes ist festgesetzt auf 15 Rappen per Kilo. Art. 2. Dieses Gesetz tritt sogleich nach dessen Annahme durch das Volk in Kraft; die demselben widersprechenden Bestimmungen sind damit aufgehoben.»[128]

Die Regierung hielt dafür, das Gesetz dem Volke möglichst rasch zusammen mit einer Botschaft des Regierungsrates vorzulegen. Als Termin wurde der 29. April 1900 in Aussicht genommen. Der Grosse Rat stimmte diesem Vorschlag nach kurzer Diskussion zu[129].

Die Bernische Volkspartei und Dürrenmatt setzten die Agitation für Annahme des Gesetzes unvermindert fort. Der Abstimmungstag brachte ihnen einen durchschlagenden Erfolg: Mit 44 566 Ja gegen 17 336 Nein stimmte das Berner Volk dem Initiativbegehren zu[130].

2. DAS KANTONALE STEUERGESETZ

Die bernische Steuergesetzgebung beruhte auf mühsam zustande gekommenen Kompromissen, welche bei der Finanzdirektion den Wunsch aufkommen liess, eine zweckmässigere und gerechtere Steuergesetzgebung zu schaffen[131].

Während der achtziger Jahre waren es vor allem Regierungsrat Scheurer und Grossrat Brunner, die sich um die Schaffung eines neuen Steuergesetzes bemühten. Im Sommer 1888 wurde der Regierungsentwurf dem Grossen Rate erstmals zur Beratung vorgelegt.

Gegen den Entwurf wurden hauptsächlich zwei Einwände geltend gemacht: Man versuche, den Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen, und

[128] TAGBLATT *1900,* 141. [129] TAGBLATT *1900,* 141 ff. [130] TAGBLATT *1900,* 220.
[131] Über die bernische Steuergesetzgebung vgl. SCHMID, «Die bernische Steuerpolitik von 1831 bis 1920».

verschiedene Bestimmungen, wie etwa die vorgesehene Aktivbürgersteuer, die Progression, die amtliche Inventarisation und der Schuldenabzug für den Jura, seien verfassungswidrig[132].

Gegen den ersten Vorwurf setzte sich Rudolf Brunner schon während der Eintretensdebatte entschieden zur Wehr: «Es wäre ungerecht, wenn man sagen würde, es muss mehr Geld herausgeschlagen werden, gleichviel ob die Betroffenen zu bezahlen vermögen oder nicht. Auf diesen Boden hat sich kein Mitglied der Kommission gestellt. Was die Vorlage bezweckt, ist folgendes: Erstens soll bisher verborgenes Steuerkapital an's Tageslicht gebracht, also verborgene Veilchen hervorgezogen werden, damit man sie pflücken kann und etwas von ihnen hat. Zweitens wird bezweckt, die Steuern gerechter zu verteilen... Die gegenwärtigen Steuern sind ganz enorm hoch und durch eine gerechtere Verteilung muss unbedingt eine Reduktion stattfinden, was namentlich dadurch erzielt werden kann, dass solche Steuerkräfte der Besteuerung erschlossen werden, welche bis jetzt ganz verborgen waren.»[133]

Dürrenmatt erklärte, er sei gerne bereit, über ein neues Steuergesetz zu beraten, das vor allem den untersten Schichten des Volkes spürbare Erleichterungen bringe, wie etwa eine Erhöhung des Existenzminimums oder Einführung des Familienabzuges. «Allein wenn wir dies tun, so wird unser Steuerbudget eine bedeutende Einbusse erleiden, und da erkläre ich nun von vornherein, dass ich nicht dabei bin, an Platz der geschaffenen Erleichterungen neue Steuern zu kreieren. Will man die Lasten erleichtern, so muss die Einbusse in der Verwaltung wieder eingebracht werden; neue Steuern werde ich nicht bewilligen helfen.»[134]

Von freisinniger Seite wurde bestritten, dass die verschiedenen Bestimmungen verfassungswidrig seien[135], teilweise wurde der Vorwurf gar nicht ernst genommen, so als Grossrat Johann Salvisberg erklärte: «Was die Verfassungswidrigkeit anbetrifft, die wiederum in's Feld geführt wird, so ist es mit derselben nicht so gefährlich. Das Volk wird ja immer in letzter Instanz entscheiden, was nach meinem Dafürhalten genügend ist.»[136] Immerhin gab es auch unter den Radikalen Vertreter, welche diesen Vorwürfen gebührend Rechnung tragen wollten. So vertrat Grossrat Johann

[132] TAGBLATT *1888*, 120ff. [133] TAGBLATT *1888*, 131. [134] TAGBLATT *1888*, 142.
[135] TAGBLATT *1888*, 141, 144, 175, 198ff. [136] TAGBLATT *1888*, 127.

Burkhardt die Auffassung: «Sie haben in den letzten Tagen gehört, wie sehr man auf die Verfassungsmässigkeit des Gesetzes dringt, und ich glaube, man sollte dieses Verlangen nicht überhören und damit der Opposition einen Griff in die Hand geben, um das ganze Gesetz über den Haufen zu werfen.»[137] Allein, ein solches Votum blieb ein Einzelfall und vermochte die freisinnige Grossratsmehrheit nicht zu beeindrucken. Dürrenmatt wandte sich energisch gegen die laxe Auffassung Salvisbergs. Einmal mehr zeigte sich, dass sein Sinn für Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsmässigkeit jedem andern seiner politischen Grundsätze voranstand. «Man wollte uns gestern damit darüber hinwegtrösten, dass man sagte – allerdings nicht gerade mit diesen Worten –: Verfassung hin, Verfassung her; wenn Monseigneur Referendum das Gesetz genehmigt, so haben wir uns keine Gedanken zu machen; denn das Volk steht über der Verfassung. Das war die Anschauungsweise des Herrn Salvisberg. Ich muss nun dagegen protestieren, dass man sich unter Berufung auf das Referendum über die festen Schranken der Verfassung hinwegsetzen möchte. Die 107000 Bürger, welche das Referendum handhaben, ich will sagen das Berner Volk überhaupt, haben unsere Verfassung nicht beschworen, wohl aber haben seine Vertreter, welche die Gesetze vorberaten, dieselbe beschworen und erwartet man von uns, dass wir das Volk nicht auf eine Bahn führen, die verfassungswidrig ist. Das ist jedenfalls die erste Forderung, welche das Volk an uns stellt.»[138]

Dürrenmatt verlieh seiner Überzeugung auch in folgendem Titelgedicht Ausdruck:

Auf falschem Fundament[139]

Verfassung hin, Verfassung her!
Jetzt macht nur keine Flausen mehr,
Sagt's doch heraus, sie sei ein Wisch,
Den werft Ihr fröhlich unter'n Tisch.

Verfassung – ach was ist doch das?
Ein hundertfach zerbrochen Glas,
Die Scherben liegen weit umher,
Und täglich gibt's der Stücke mehr.

[137] TAGBLATT *1888*, 169. [138] TAGBLATT *1888*, 142f. [139] Be V *1888*, 54.

Was unser Fundament soll sein,
Ein fester Grund auf Fels und Stein,
Das ward ein wüstes Trümmerfeld,
Drauf wird ein neu Gesetz gestellt.

Und ob es Macht bis untenaus,
Ihr bauet und bemalt das Haus;
Das schöne Sprüchlein liest man weit:
Dem Fortschritt ist dies Haus geweiht.

Dem Fortschritt und dem Untergang!
Dem Meister wohl der Trug gelang,
Und die Gesellen folgten ihm –
Das Volk doch schreit mit Ungestüm:

Habt Ihr vergessen Schwur und Pflicht,
Das Berner Volk vergisst es nicht;
Es stürzt das stolze Giebeldach,
Es tost, es rauscht hinab den Bach.

Die Beratungen über das neue Steuergesetz gestalteten sich zäh und mühsam. Es gab immer wieder neue Rückweisungsanträge, über die meisten Artikel wurde nicht wie vorgesehen zweimal sondern dreimal beraten[140]. Einen gewissen Erfolg konnte die Opposition für sich buchen: Nach der zweiten Beratung gab es eine Modifizierung in bezug auf die Aktivbürgersteuer[141]. Sie wurde fix gemacht und auf einen Franken festgesetzt. Ferner wurde bestimmt, dass sie nur von den Gemeinden, nicht vom Staat erhoben werden sollte.

Die Schlussabstimmung im Grossen Rat über das neue Steuergesetz fand am 6. November 1889 statt. Trotz der energischen Opposition fand die Vorlage eine beträchtliche Mehrheit: 119 Ja standen 61 Nein gegenüber; der Volksentscheid sollte am 4. Mai 1890 fallen[142]. Der Abstimmungskampf setzte nicht unmittelbar nach dem Abstimmungsergebnis im Grossen Rat ein: Im Gegenteil, die «Berner Volkszeitung» schenkte den damaligen Grossratsverhandlungen unverhältnismässig wenig Beach-

[140] TAGBLATT *1888*, 120ff., 140ff., 161ff., 180ff., 197ff., 218ff., 234ff.; *1889*, 16ff., 31ff., 52ff., 160ff., 244f.

[141] TAGBLATT *1889*, 164ff. [142] TAGBLATT *1889*, 165.

tung. Dürrenmatt stellte fast den ganzen Raum in seinem Blatt der Propaganda zur Bekämpfung des eidgenössischen Betreibungs- und Konkursgesetzes zur Verfügung[143].

Die Kampagne gegen das Steuergesetz setzte unmittelbar nach Neujahr ein und gehörte mit zu den heftigsten und lebhaftesten, die Dürrenmatt geführt hat. Er schrieb nicht nur in seiner Zeitung gegen «das grossrätliche Steuerpumpwerk»[144], sondern veröffentlichte Broschüren, brachte in seiner Zeitung Sonderbeilagen und trat an Volksversammlungen auf[145]. Vor allem seine kleine Schrift «Der neue Schinderhannes» verfehlte seine Wirkung auf die breiten Massen der Bevölkerung nicht. Eines der darin enthaltenen Gedichte möge als Beispiel dienen:

Krieg den Sparbüchlein[146]

Ein wilder Krieg ist jetzt entbrannt,
Der tobt durchs ganze Bernerland,
Vom Giessbach bis zur Sorne;
Herr Brunner schreitet, schreibt und schreit:
Der Feind, das ist die *Sparsamkeit,*
Und züchtigt sie im Zorne.

Wutschnaubend reisst er aus dem Schrein
Des Sparers Büchlein dünn und klein,
Mit Wollust drin zu schnausen;
Hurrah, dem hab' ich's aufgedeckt;
Der Kerl hat hundert Francs versteckt,
Den will ich lehren hausen!

Ein armer fleiss'ger Bauernknecht
Hat tausend Franken schlecht und recht
Erdarbet und erworben.
Der lässt das Sparen künftig sein;
Der Raub des Staats und der Gemein'
Hat ihm die Freud' verdorben.

[143] Siehe S. 176 ff. [144] Be V *1890,* 3.
[145] Ulrich Dürrenmatt, «Der neue Schinderhannes. Zwölf Lieder für Knechte und Mägde, Lehensmannen und kleine Leute, die etwas erspart haben oder sparen wollen».
[146] DER NEUE SCHINDERHANNES, 8 f.

Und Benz der Schneider, dieser Wicht,
Hat der fünftausend Franken nicht
Gesammelt in den Banken!
Entrüstet ruft das «Steu'rorgan»:
Man strafe ihn, so hart man kann
Mit baaren *dreissig Franken:*

Dem Krüppel, der kein Brot erwirbt,
Und wenn er fast vor Hunger stirbt
Nehmt ihr das *fünfte Teilchen;*
Denn, «Veilchen, die verborgen blüh'n»,
Muss man an's Licht des Tages zieh'n,
Die blauen Steuerveilchen.

Doch wer sein Geld und Gut verprasst,
Bis er dem Nächsten wird zur Last,
Den sollt ihr mir nicht schmählen;
Ein ganzes Fränklein zahlt er bloss,
Er macht sich an der Urne gross
Und darf – Herrn Brunner wählen.

Die Abneigung gegen die Neuordnung der Steuern vermochte die zerstrittenen bernischen Konservativen für einmal wieder zu einigen[147]. Dass der Abstimmungstermin mit dem Tag der Erneuerungswahlen in den Grossen Rat zusammenfiel, trug mit dazu bei, die politische Atmosphäre zu vergiften. In einem letzten Aufruf vor der Abstimmung warnte Dürrenmatt die Stimmbürger davor zu glauben, dass es in Zukunft nur eine anderthalbfache Steuer geben werde; davon stehe nichts im Gesetz. Vielmehr sei wahrscheinlich, dass der bisherige Steuerfuss von 2% beibehalten werde, sicher dagegen, dass das Existenzminimum von 600 auf 500 Franken herabgesetzt, das Kapital, auch das kleine, stärker belastet, die Katasterschatzung stattfinden und eine grosse Zahl neuer Beamtungen geschaffen werde[148].

Die Stimmberechtigten liessen sich von den Argumenten der Opposition überzeugen: Am 4. Mai wurde das Steuergesetz mit 44643 Nein gegen 28779 Ja verworfen[149].

[147] Be V *1890*, 23. [148] Be V *1890*, 36. [149] TAGBLATT *1890*, 103.

Dürrenmatt triumphierte: In seinem Leitartikel «Schinderhannes gerichtet» betonte er:

«Der 6. Mai ist eine erhebende, *antisozialistische und antibureaukratische Kundgebung* des grössten eidsgenössischen Standes; darin liegt sicher die Hauptbedeutung des vergangenen Sonntags. Den unersättlichen Ansprüchen des Beamtentums, welches mit der vom Aktionskomite proklamierten, stark an die Grundsätze des braven Schinderhannes erinnernden Devise: ‚Man nimmt das Geld, wo es ist', alle, auch die dürftigsten Finanzquellen auf seine Triften leiten wollte, hat das Bernervolk ein zornerfülltes: ‚Bis hieher und nicht weiter!' entgegengedonnert. ... Und zum Schluss nur dies Eine:

Das Berner Volk ist wieder einmal verfassungstreuer gewesen, als Diejenigen, welche geschworen haben, die Verfassung streng zu befolgen und ihm gleichwohl zuzumuten, mit seinem Ja die ärgsten Verfassungsverletzungen zu begehen. Mehr noch als der oekonomische und politische Erfolg, darf diese *moralische* Genugtuung die *Minderheit des Grossen Rates,* welche gegen das Brunner-Scheurer'sche Steuergesetz stimmte, und mit ihr die *Bernische Volkspartei* und das *ganze Bernervolk* erfreuen.

Die Ihr beim kleinen Haufen seid,
Braucht nicht Euch zu erbossen (!);
Wenn einst das Volk gesprochen hat,
Dann seid Ihr bei dem grossen.»[150]

Der Erfolg in der Abstimmung vermochte die Konservativen auch über die für sie etwas weniger günstig verlaufenen Grossratswahlen hinwegzutrösten[151], dies um so mehr, als sie auch im Wahlkreis Herzogenbuchsee im Gegensatz zu den andern Kantonsteilen, einen überwältigenden Sieg davontrugen[152].

Schon bald nach der Totalrevision der Kantonsverfassung[153] setzten wiederum Arbeiten für einen neuen Steuergesetzesentwurf ein[154]. Dies-

[150] Be V *1890,* 37. [151] Be V *1890,* 44. [152] Be V *1890,* 37.
[153] Siehe S. 151f.
[154] TAGBLATT *1894,* 324f., 350ff., 366ff., 468ff., 524ff.; *1895,* 3ff.

mal wurde Dürrenmatt sogar in die vorberatende Kommission gewählt[155].

Die erste Beratung über den neuen Entwurf im Grossen Rat begann erst am 30. April 1900[156]. Dürrenmatts Voten waren sachlicher, distanzierter; man spürte seine Bereitschaft zur Mitarbeit; er versuchte allerdings nochmals, sich energisch gegen die Einführung der Progression zur Wehr zu setzen: «Es wird zwar als eine ausgemachte Sache gelten, dass die Progression nun einmal kommen müsse. Es ist deshalb eine undankbare Aufgabe, im gegenwärtigen Moment noch ein Wort dagegen zu sagen. Allein ich habe in der Kommission dagegen Stellung genommen und fühle mich gewissenshalber verpflichtet, meinen Standpunkt auch hier zu vertreten...»[157]

Dieser neue Anlauf zur Schaffung eines besseren Steuergesetzes stand ebenfalls unter keinem guten Stern. Schon die erste Beratung zog sich über mehr als ein Jahr hin und konnte erst am 26. November 1901 abgeschlossen werden[158]. Zu einer weiteren Beratung über dieses Gesetzeswerk ist es überhaupt nicht mehr gekommen. Mit dem Rücktritt von Finanzdirektor Scheurer 1904 wurde es einige Zeit still um die Revision der gesamten bernischen Steuergesetzgebung[159].

3. DIE VERSUCHE DER ERHÖHUNG DER ERBSCHAFTS- UND SCHENKUNGSSTEUER IM KANTON BERN

Da der Neuregelung der bernischen Steuergesetzgebung kein Erfolg beschieden war, versuchte die Regierung auf andere Art, zu höheren Einnahmen zu gelangen. Die Bemühungen um die Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuern sollen hier vor allem deshalb etwas näher beleuchtet werden, weil sie besonders deutlich Dürrenmatts Einstellung zu Fragen der Steuergesetzgebung nach der Revision der berni-

[155] Merkwürdigerweise wird Dürrenmatts Wahl in die Steuerkommission nirgends aufgeführt, vgl. TAGBLATT *1894*, 366; TAGBLATT *1895–1900*. Dürrenmatt sprach aber als Kommissionsmitglied. Vgl. Voten Dürrenmatts TAGBLATT *1900*, 174f., 178, 206, 214, 225, 246.

[156] TAGBLATT *1900*, 151ff. [157] TAGBLATT *1900*, 178. [158] TAGBLATT *1901*, 430.

[159] Über den weitern Verlauf der bernischen Steuergesetzgebung vgl. SCHMID 145ff.

schen Staatsverfassung zeigen: Keine neuen Steuern ohne Gewährung des proportionalen Wahlrechts, eine Forderung, die er meist mit dem Wunsch nach Einführung eines Verwaltungsgerichtshofes verband.

Am 30. Januar 1900 wurde im Grossen Rat des Kantons Bern über eine Revision des letztmals 1879 geänderten Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes debattiert[160]. Dürrenmatt bekämpfte während der Eintretensdebatte energisch die neue Vorlage: «Wir stimmen zu keiner Vermehrung der Lasten, bevor man uns politische Gerechtigkeit widerfahren lässt.» Er wunderte sich, dass die Sozialdemokraten plötzlich den Standpunkt der Minderheiten vertreten und einer Steuererhöhung zustimmen würden. Ausserdem hatte Dürrenmatt noch prinzipielle Einwände: «Ich betrachte dieses Gesetz als ein allzu fiskalisches und in seinen Konsequenzen, wonach Erbschaften in den weitesten Verwandtschaftsgraden bis auf 30% dem Staate anheimfallen sollen, als eine Konfiskation. Man nennt die Sache euphemistisch einen Zuschlag zur Erbschaftssteuer; man könnte sie ebenso gut als einen Faustschlag ins Eigentumsrecht bezeichnen. ...

Ein dritter Grund, weshalb ich nicht für Eintreten stimmen kann, besteht darin, dass ich eine Voraussetzung vermisse, die allen diesen neuen Steuergesetzen vorangehen sollte: der Verwaltungsgerichtshof. Bevor Sie mit neuen Steuergesetzen kommen, verlangen wir eine oberste Instanz, welche Gewähr bietet, dass Steuerstreitigkeiten nicht vom fiskalischen Standpunkt aus, sondern in unparteiischer, objektiver Weise zwischen dem Staat und dem Bürger entschieden werden.»[161]

Dr. Brüstlein von den Sozialdemokraten gab zu, dass die Haltung seiner Partei eine inkonsequente sei, meinte aber: «Allein wenn man von Haus aus kein Obstruktionist ist und lieber an den Staatsausgaben mitberaten möchte, so fällt es einem schwer, mit einer Drohung ernst zu machen. Es gibt eben Vorlagen, die einem in dem Masse gefallen, dass man der Versuchung nicht widerstehen kann, denselben zuzustimmen, obschon man sich damit der Inkonsequenz schuldig macht.»[162]

Die zweite Beratung fand schon am 14. März 1900 statt. Bei den Sozialdemokraten hatte in der Zwischenzeit ein Umschwung stattge-

[160] TAGBLATT *1900*, 11 ff. [161] TAGBLATT *1900*, 15. [162] TAGBLATT *1900*, 15.

funden. Vor der Schlussabstimmung gab Fürsprech Zgraggen namens der sozialdemokratischen Fraktion unter grosser Unruhe des Rates die Erklärung ab, dass sich die Sozialdemokraten bei der Abstimmung der Stimme enthalten würden, da mit den Versprechungen betreffend Proporzwahl des Grossen Rates und Volkswahl des Regierungsrates doch nicht Ernst gemacht werde[163]. Das neue Gesetz erhielt trotzdem bei der Schlussabstimmung eine grosse Mehrheit[164].

Etwas merkwürdig erscheint, dass nach der grossen Eile, mit der das Gesetz durch die Beratungen des Grossen Rates gepeitscht wurde[165], der Regierungsrat bis zum Mai 1902 wartete, bis er es dem Volke vorlegte. Dürrenmatt verfehlte nicht, diesen Umstand gebührend hervorzuheben[166].

Die Propaganda, die Dürrenmatt gegen das Erbschaftsgesetz betrieb, hielt sich in Grenzen; allzusehr exponierte er sich nicht. Wahrscheinlich rechnete er mit der natürlichen Abneigung der meisten Bürger gegen neue Steuergesetze. Am 4. Mai 1902 wurde die Vorlage mit eher knappem Mehr von 31 302 Nein gegen 30 104 Ja verworfen[167].

Schon drei Jahre später wurde dem Grossen Rate, diesmal von Finanzdirektor Kunz, ein neues Abänderungsgesetz zur Erbschafts- und Schenkungssteuer vorgelegt. Die Vorlage wurde in der Februar- und Maisession 1905 durchberaten[168]; Dürrenmatt war wegen Krankheit fast während der ganzen Beratungszeit abwesend[169]. In der ersten Eintretensdebatte vom 14. Februar 1905 wurden von konservativer und sozialdemokratischer Seite wohl Einwände gegen die neue Vorlage laut[170], zu Dürrenmatts Verwunderung entstand aber dem neuen Gesetz keine prinzipielle Opposition: «Ohne Proporz keine neuen Steuern.» Er selbst versicherte, dass er an diesem Grundsatze unentwegt festhalten und ihn mit Nachdruck in der «Buchsizeitung» vertreten werde[171].

Das Gesetz wurde dem Volke am 20. August 1905 zur Abstimmung vorgelegt. Dürrenmatt bekämpfte diese Vorlage weit schärfer als dieje-

[163] TAGBLATT *1900*, 112. [164] TAGBLATT *1900*, 112.

[165] Vgl. Debatte über die Tagesordnung vom 12. März 1900, TAGBLATT *1900*, 79ff.

[166] Be V *1902*, 37. [167] TAGBLATT *1902*, 288. [168] TAGBLATT *1905*, 28ff., 242ff.

[169] TAGBLATT *1905*, 28 und 242; Be V *1905*, 13 und 14.

[170] TAGBLATT *1905*, 28ff. [171] Be V *1905*, 14.

nige von 1902. Die Konservativen waren sich wieder einmal nicht einig: Die Stadtberner beschlossen Stimmfreigabe, die Volkspartei gab überhaupt keine Parole heraus[172].

Da zu derselben Zeit auch die Grundsteuerschatzungen heraufgesetzt worden waren, fand das neue Gesetz wenig Anklang beim Volke und wurde in der Abstimmung mit 20216 Nein gegen 17433 Ja verworfen[173]. Dürrenmatt kommentierte den Abstimmungsausgang folgendermassen: «Für die Opposition aber ist die Ablehnung dieser Steuererhöhung ein neuer ernster Fingerzeig, auf dem grundsätzlichen Boden zu beharren, der da heisst: *Ohne Verwaltungsgericht und ohne Proporz keine neue Steuer und keine Steuererhöhung.*»[174]

4. DIE ZOLLINITIATIVE

Kaum eine politische Bewegung wurde so sehr mit Dürrenmatts Namen verknüpft, und kaum ein Misserfolg hat Dürrenmatt so entscheidend und empfindlich geschadet wie das Scheitern der Zollinitiative in der Abstimmung vom 4. November 1894.

Auch heute noch gilt Dürrenmatt als Hauptinitiant und Hauptverfechter des «Beutezugs»[175]; diesen diskreditierenden Namen verwendeten die Radikalen schon sehr früh als wirksame Waffe gegen die Initiative.

In Wirklichkeit standen ursprünglich weder die Bernische Volkspartei noch Dürrenmatt der Initiative Pate, obwohl Dürrenmatt später auf die unglückliche Idee kam, Jakob Stämpfli und Ulrich Ochsenbein als eigentliche Väter des Begehrens zu bezeichnen und zu erklären, diese Forderung sei ein altes Postulat seiner Partei[176]. Er tat dies vor allem, um Vorwürfen der Radikalen zu begegnen, die das alte Schreckgespenst von den Sonderbundskantonen hatten neu aufleben lassen[177].

Nach Annahme der Verfassungsinitiative am 5. Juli 1891 durch das Volk wünschte man in der Bernischen Volkspartei, das neue Kampfmittel zu er-

[172] Be V *1905*, 64 und 66. [173] TAGBLATT *1905*, 278. [174] Be V *1905*, 67.
[175] Vgl. GRUNER, 248ff. – MÜLLER, 124f. – FUNK, 118f. usw.
[176] Be V *1894*, 1 und 60. – TAGBLATT *1894*, 413.
[177] Be V *1894*, 60.

proben. Während der Jahre 1892/93 wurde fast in jeder Sitzung des Centralkomitees erörtert, welches Initiativbegehren man denn ergreifen könne[178]. Grundsätzlich behandelte man dieses Thema an der Sitzung vom 5. April 1892 und fasste folgende Möglichkeiten ins Auge: Einführung des Proporzes für die Nationalratswahlen auf 1896, Volkswahl des Bundesrates, Einführung des obligatorischen Referendums und die Zollinitiative[179]; am 9. September erwog man zudem die Möglichkeit, das Verbot der Geheimbünde in der Bundesverfassung zu verankern[180]. Den grössten Anklang fand die Proporzinitiative; einer ihrer wärmsten Verfechter war Dürrenmatt.

Es wurde beschlossen, sich mit den übrigen Oppositionsparteien ins Einvernehmen zu setzen; lange sah es so aus, als ob die Proporzidee die grössten Chancen hätte, von allen akzeptiert zu werden[181].

In der Sitzung vom 28. November 1893 wurde bekannt, dass die Katholiken an einer Versammlung in Luzern beschlossen hätten, eine Zollinitiative zu lancieren. Noch zu diesem Zeitpunkt konnte sich Dürrenmatt nicht gerade für den Gedanken erwärmen; er betonte in der Diskussion, die eigentliche Initiative der Volkspartei sei das Proporzbegehren. Die Stimmung im Komitee war für die Zollinitiative keineswegs enthusiastisch, doch wurde mit grosser Mehrheit beschlossen, sich mit den Innerschweizern und Bündner Katholiken in Verbindung zu setzen und ihre Initiative zu unterstützen[182].

Noch Ende 1893, nicht erst 1894[183] konnte Dürrenmatt seinen Lesern mitteilen, dass an einer von Vertretern aus zehn Kantonen besuchten Konferenz in Bern am 21. Dezember 1893 einstimmig beschlossen worden sei, dem Schweizervolke folgendes Initiativbegehren vorzuschlagen: «Art. 30bis. Der Bund hat den Kantonen vom Gesamtbetrag der Zölle alljährlich 2 Franken per Kopf, nach Massgabe der durch die jeweilige letzte eidgenössische Volkszählung ermittelten Wohnbevölkerung, zu verabfolgen.

178 PROTOKOLLE, Sitzungen des Zentralkomitees 1892 bis 1894.
179 PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 5. April 1894.
180 PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 9. September 1893.
181 PROTOKOLLE, Sitzungen des Zentralkomitees 1892 bis 1893.
182 PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 28. November 1893.
183 GRUNER, 249.

Die Kantone sind pflichtig, eine der Hälfte dieser Einnahmen mindestens gleichkommende Summe alljährlich für das Primarschulgesetz und Armenwesen zu verwenden.

Die Verfassungsbestimmung tritt zum ersten Mal in Wirksamkeit für das Jahr 1895.»[184]

In den weiteren Beratungen der Initianten kam man zu der Ansicht, dass es besser sei, den zweiten Abschnitt fallenzulassen, da er zu unklar gefasst sei und den Freisinnigen eventuell doch die Möglichkeit zur Schaffung eines eidgenössischen Schulinspektors gebe, der kontrollieren sollte, ob die Gelder wirklich zu dem in der Verfassung vorgeschriebenen Zweck verwendet würden[185]. Dürrenmatt meinte nach der Abstimmung, das Weglassen dieses Passus sei eine der Hauptursachen für die Niederlage gewesen[186].

Die Bewegung lief für die Initianten recht ermutigend an.

Am 21. Februar 1894 versandte Dürrenmatt die Unterschriftenbogen, die Bestandteil der normalen Ausgabe der «Buchsizeitung» waren. Er versah diese Nummer mit folgendem Titelgedicht:

Zieh' hinaus, mein Zeitungsblatt[187]

Zieh' hinaus, mein Zeitungsblatt,
Keines geh' verloren,
Weil zu einer neuen Tat
Heute Du erkoren!

Zieh' hinaus und mach Dein Glück
Auf den fernsten Triften;
Gehe hin und komm zurück,
Bring uns *Unterschriften!*

Drum auf besseres Papier
Lass' ich heut' Dich drucken;
Weil die zweite Hälfte hier
Tinte soll verschlucken!

[184] Be V *1893*, 103. [185] Be V *1894*, 11.
[186] PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 19. Februar 1895.
[187] Be V *1894*, 15.

Bitte jeden guten Freund,
Dass er *unterschreibe,*
Dass, wer's treu und redlich meint
Nicht dahinten bleibe!

Auf der dritt' und vierten Seit'
Steht der leere Rahmen,
Und die Zeilen sind bereit
Wohl für dreissig Namen!

Wenn es auch nicht dreissig sind,
Sind es doch ein Dutzend,
Die ein jeder kriegt geschwind,
Nur dies Blatt benutzend!

Nimm den Nachbar keck beim Schopf,
Dass er mit uns ziehe;
Mit zwei Franken auf den Kopf
Lohnt sich unsre Mühe.

Zieh' hinaus mein Zeitungsblatt,
Poch' an alle Herzen,
Und dann kehr' zu Dürrenmatt
Bis um *Mitte Märzen.*

In einer späteren Nummer gibt Dürrenmatt den Unterschriftensammlern Anweisungen, wie sie die Initiative bei der Bevölkerung begründen sollten: Zuerst stellte er klar, dass nicht etwa die Bundeskasse jedem einzelnen Bürger 2 Franken auszahlen solle, sondern jedem Kanton zur Bestreitung seines Staatshaushalts einen Beitrag ausrichte von 2 Franken pro Kopf seiner Bevölkerung.

Er führte an, dass in den Kantonen die Ausgaben für das Armen- und das Schulwesen, für Strassenbau und Bauwesen von Jahr zu Jahr mehr anwachsen würden. Dies bringe Steuererhöhungen mit sich, diese wiederum würden die Miet- und Pachtzinse und die Kosten für die Lebensbedürfnisse heraufreiben.

Demgegenüber nähmen die Einnahmen des Bundes aus den Zöllen von

Jahr zu Jahr mehr zu, gegenwärtig beträgen die Einnahmen schon mehr als 36 Millionen Franken jährlich. Der Bund gehe mit dem Geld nicht sparsam um, sondern verschleudere es für unnütze Gesandtschaften im Auslande, unsinnige teure Bauten, ständige Vermehrung von Ämtern und Büros usw.[188]

Am 4. April 1894 meldete Dürrenmatt, dass der Bundeskanzlei rund 80000 Unterschriften eingereicht worden seien[189].

Schon während der Unterschriftensammlung reagierten die Freisinnigen überaus gehässig und empfindlich. Sie sahen in der Bewegung nicht bloss einen Angriff der Föderalisten auf den Zentralstaat, sondern sie glaubten darin eine Bedrohung des Bundesstaates überhaupt zu erblicken. So führte etwa Nationalrat Bühlmann aus: »... Auf eine Änderung der gegenwärtigen politischen und administrativen Verhältnisse ist es abgesehen; man will den Bund schwächen, man will es ihm unmöglich machen, weiter in der Weise vorzugehen, wie bis jetzt; man will ihm seine Flügel beschneiden und damit das Ansehen und die Kraft des Bundes – vielleicht nicht absichtlich, aber es wird die Folge sein – schmälern.»[190]

Die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung liess den Tenor der Abstimmungskampagne vorausahnen und appellierte an alte Leidenschaften, wenn es beispielsweise hiess: «Wüssten wir es nicht aus andern symptomatischen Erscheinungen, so lassen uns schon die Ursprungsstätten dieser Zollinitiative keinen Augenblick darüber im Zweifel, dass wir es mit einer ausgesprochen rückschrittlichen, gegen den aus der Revisionsbewegung der Jahre 1872/74 hervorgegangenen Bund gerichteten Bewegung zu tun haben; sind es doch die unversönlichen Gegner der Verfassung von 1874, welche sich auch heute wieder einträchtig zum Ansturm zusammengefunden haben. Sie fühlen sich nicht stark genug, um ihr Ziel, die Schwächung der Bundesgewalt, auf dem Wege einer grundsätzlichen Verfassungsreform zu erreichen und selber zu schwach, um die Leitung der eidgenössischen Politik in die Hände zu nehmen, hoffen sie dadurch den weitern Ausbau der Bundesverfassung von 1874 und die Fortentwick-

188 Be V *1894*, 20.

189 Be V *1894*, 27. Die Zahl der Unterschriften betrug 71461. – FUNK, 118. – B.BL. *1894, II*, 657ff.

190 TAGBLATT *1894*, 410f.

lung des neuen Bundes zum Stillstand zu bringen und schliesslich das Rad nach rückwärts zu drehen, dass sie den Bundesbehörden und der Bundesverwaltung die nötigen Mittel zur Durchführung der dem neuen Bunde gesteckten Ziele und Aufgaben entziehen.»[191]

Dürrenmatt beantwortete die bundesrätliche Botschaft, die zwar von Bundespräsident Frey unterschrieben war, als deren Verfasser aber Finanzdirektor Hauser galt, mit folgendem Titelgedicht:

Herr Hauser will nicht hausen[192]

Nach einem *Hauser* sehnt das Land
Sich schon seit vielen Jahren,
Der, auf der Kasse fest die Hand
Uns hilft die Batzen sparen.

Den werten Namen trägt er schon,
Denn *Hauser* kommt von *hausen,*
Doch Million auf Million
Verzeddelt er mit Flausen.

Wir gaben unsre Stimmen her
Zu den erhöhten Zöllen,
Und dennoch sind die Truhen leer,
Die Defizite schwellen.

Je mehr er hat, je mehr er braucht,
Mit Sausen und mit Brausen;
Die Zölle sind verbaut, verraucht,
Der Hauser kann nicht hausen!

Das Geld ist weg nach West und Ost
Für Ämter und für Stellen;
Dafür hat er papiernen Trost –
Die *Botschaft* samt *Tabellen.*

[191] B.BL. *1894.* – *Vaterland 1894,* 127.
[192] Be V *1894,* 47.

Tabellentrost ist hübsch und gut
In Parlamentsgewässern;
Dem Volke macht er keinen Mut,
Es fordert einen bessern.

Dies ist sein Ton und sein Tenor;
Wir greifen nur in's Volle;
Wir wollen's treiben wie zuvor,
Mag kommen was da wolle.

Vom Hausen will der Hauser nichts;
Er schwört es zu den Sternen;
Er wird am Tag des Volksgerichts
Mit Schmerzen dennoch lernen.

Der Kampf um die Zollinitiative stand an Leidenschaftlichkeit demjenigen um den Schulsekretär in nichts nach; Sachlichkeit vermisste man auf beiden Seiten. Aber diesmal gingen die Fronten durch die Parteien, wobei die Zersplitterung bei den Konservativen viel grösser war und sich demnach weit unheilvoller auswirkte. Bei den Freisinnigen traten nur vereinzelte, wie der sehr eigenwillige Grossrat Johann Burkhardt von Köniz, für die Initiative ein; auf konservativer Seite bekämpften vor allem diejenigen Mitglieder die Bewegung, welche auf einen Ausgleich mit den Radikalen hinarbeiteten. Die einzelnen konservativen Bewegungen und Parteien waren in sich selbst uneins: So die stadtbernischen Konservativen, wo Grossrat Ballif die Initiative warm befürwortete[193], während sie von Regierungsrat von Steiger konsequent bekämpft wurde[194], beim Eidgenössischen Verein, wo die Zürcher zwar eifrig für sie einstanden, die Basler ihr aber die Gefolgschaft verweigerten[195], bei den Katholisch-Konservativen, wo vor allem die Sankt Galler unter Führung Baumbergers, des Redaktors der «Ostschweiz», zu den entschiedensten Gegnern des Begehrens gehör-

[193] TAGBLATT *1894*, 410f.
[194] TAGBLATT *1894*, 421.
[195] RINDERKNECHT, 233f. – Be V *1894*, 11 und 12. Die Zürcher unterstützten die Initiative lebhaft, so dass man die Behauptung, der Eidgenössische Verein habe sich von ihr distanziert, zurückweisen muss. MÜLLER, 124; GRUNER, 250.

ten[196], und im Bauernbund, wo ein Zweidrittelmehrheitsbeschluss zur Unterstützung erst nach lebhafter Debatte zustande kam[197]. Es war allerdings so, dass viele der Konservativen erst ins andere Lager übertraten, als ein Misserfolg sich deutlich abzuzeichnen begann[198]; und als das vernichtende Abstimmungsresultat bekanntgeworden war, war jedermann nur allzu gerne bereit, sich auf Dürrenmatts Kosten im Hintergrund zu halten und sich nachträglich vom Debakel zu distanzieren[199].

Sachlicher als in Presse und Volksversammlungen wurde in den Räten diskutiert, obgleich auch dort die Atmosphäre gespannt und gereizt war. Da Dürrenmatt damals nur Mitglied des Grossen Rates und noch nicht Nationalrat war, möchte ich auf die Verhandlungen in den eidgenössischen Räten nicht eintreten und mich auf die Debatte im bernischen Grossen Rat beschränken.

Am 8. Oktober 1894 reichte Grossrat Bühlmann zusammen mit etwa 160 Mitunterzeichnern folgende Motion ein: «Die unterzeichneten Mitglieder des Grossen Rates beantragen: ‚Der Grosse Rat wolle den Erlass einer Proklamation an das Bernervolk beschliessen, in welcher die Verwerfung der sogenannten Zollinitiative (Beutezug) empfohlen wird'.»[200]

Die Beratung über diesen Antrag fand schon am 10. Oktober statt. Der vorberatenden Kommission gehörten – sehr zu Dürrenmatts Missfallen[201] – nur zwei konservative Vertreter an, welche die Initiative ablehnten; überhaupt waren nur Mitunterzeichner der Motion in die Kommission gewählt worden[202].

Bühlmann begann die Begründung seines Antrages mit einem längeren Exkurs in die Schweizergeschichte seit 1798, wobei er die ungeheuren Nachteile eines Staatenbundes gegenüber dem Bundesstaat hervorhob. Er behauptete, die Zollinitiative gehe in den Grundsätzen auf die Verfassung

[196] Die Versammlung der Katholischen Volkspartei unterstützte die Initiative mit Vierfünfteln Mehrheit (*Vaterland 1894,* 164), nicht nur mit knappem Mehr. GRUNER, 182.

[197] Auch hier wurde Dürrenmatt nicht nur von einer knappen (GRUNER, 124), sondern von einer Zweidrittelsmehrheit unterstützt. *Vaterland 1894,* 164. – Be V *1894,* 59.

[198] RINDERKNECHT, 326, Anm. 105.

[199] PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 19. Februar 1895.

[200] TAGBLATT *1894,* 393. [201] TAGBLATT *1894,* 353 und 434.

[202] TAGBLATT *1894,* 413.

von 1848 zurück, nur dass vom Bund statt 4 Batzen jetzt 2 Franken verlangt würden. Bühlmann betonte, dass vor allem die Militärlasten, die der Bund zu erbringen habe, den grössten Teil der Ausgaben ausmachten: «Wenn man untersucht, was der Bund mit dem Geld angefangen hat, so finden wir vor allem, dass die vom Bund übernommene Militärlast in ganz kolossaler Weise zugenommen hat, viel stärker als die Zölle.»

Überhaupt fand die eidgenössische Finanzpolitik ganz allgemein Bühlmanns vollste Zustimmung. Er stellte fest, dass der Bund ein bedeutendes Defizit habe, vertrat andererseits die Ansicht, die Kantone stünden finanziell recht gut da und könnten ihre Schulden ohne Steuererhöhungen verringern. Im übrigen war Bühlmann davon überzeugt, dass der Bund die sechs Millionen unmöglich einsparen könne und demzufolge gezwungen wäre, die Zölle zu erhöhen. Er fand auch, dass die Annahme der Initiative dem Kanton Bern schwer schaden würde, denn wenn Bern vom Bunde so viel Geld erhalte, wolle kein Mensch mehr einem neuen Steuergesetz zustimmen, um neue Einnahmequellen zu schaffen.

Schliesslich handle es sich bei der ganzen Sache um eine Beschränkung der Hoheitsrechte des Bundes, um eine Änderung der politischen Verhältnisse[203].

Grossrat Burkhardt bekannte, dass er die Initiative nicht unterzeichnet habe, sie nun aber voll unterstütze, da die Bundesversammlung es unterlassen habe, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. – Tatsächlich ist es bedauerlich, dass damals die Initiative nur leidenschaftlich bekämpft wurde, aber kein Versuch unternommen wurde, die Finanzfragen zwischen Bund und Kantonen einmal grundsätzlich zu regeln. Schliesslich kam es zehn Jahre später zwischen Bund und Kantonen doch zu einer ähnlichen Übereinkunft, indem für die Schulsubvention der Bund den Kantonen 60 Rappen pro Kopf der Bevölkerung zahlte[204]. Burkhardt verwahrte sich gegen den Vorwurf, durch die Initiative werde die Wehrkraft geschädigt: Bessere Schulen bedeuteten ebenfalls eine Stärkung der Wehrkraft, zudem habe Herr Bühlmann selbst zugegeben, dass in den nächsten Jahren die Militärausgaben bedeutend zurückgehen würden. Er wehrte sich auch gegen den Vorwurf, der Sonderbund wolle wieder auferstehen. Seit jedermann

[203] TAGBLATT *1894*, 404ff. [204] Siehe S. 360ff.

Stimmzettel und Referendum habe, sei kein Sonderbund mehr zu befürchten.

Er argumentierte, die Initiative sei entstanden, weil man das Schulwesen verbessern müsse, und dazu brauche man Geld. Man habe gefunden, nur eine Bundessubvention könne helfen. Das neue Programm von Bundesrat Schenk habe nicht allen gefallen, und im Kanton Bern hätte man es nicht annehmen können, der Entwurf sei viel zu bürokratisch gewesen. Zum Schluss rief er aus: «Und ich sehe nicht ein, weshalb das einen grossen Streit geben sollte, wenn der Bund den Kantonen etwas für das Schul- und Armenwesen gibt, und ich kann auch nicht einsehen, weshalb der Kanton Bern heute als Sturmbock gegen dieses Begehren auftreten soll. (Dürrenmatt: Bravo!)»[205]

Dürrenmatt hielt zugunsten der Zollinitiative eine eindreiviertelstündige Rede, eine der längsten, die er je vor diesem Gremium zu Gehör brachte. Zuerst nahm er die Initianten in Schutz und begründete seine These, dass Stämpfli und Ochsenbein als Urheber dieser Idee zu bezeichnen seien[206]. Darauf erläuterte er in grosser Breite alle Möglichkeiten, wie beim Bund Geld eingespart werden könnte. Ferner versuchte Dürrenmatt, Bühlmanns Behauptung zu widerlegen, der Bund habe *zugunsten* der Kantone viele Lasten übernommen, indem er ausführlich die verschiedenen Posten der Entlastung und der Mehrbelastung des Kantons durch Bundesgesetzgebung gegeneinander aufrechnete und zu dem Schlusse gelangte, die eidgenössische Legiferierung koste den Kanton Bern einen Mehrbetrag von 1 778 500 Franken. Er betonte, diese Summe sei erst noch gering angeschlagen.

Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, die Initianten wollten zu den Zuständen von 1848 zurückkehren: «Wir behalten ja die gleiche Verfassung mit allen ihren Errungenschaften. Die Herren Zentralisten meinen, wenn es sich darum handle, einen Kanton zu stärken, so sei dies eine Schwächung des Bundes. Das ist nicht der Fall. Zu einem starken Bund gehören auch starke Kantone.»

Schliesslich sprach er noch die Hoffnung aus, dass sich das Bernervolk durch die Proklamation nicht irremachen lasse und die Zollinitiative dem

[205] TAGBLATT *1894*, 408ff. [206] Siehe S. 250f.

ungeheuren Hochdruck, den seine Gegner anwandten, nicht zum Opfer fallen werde[207].

Von den übrigen Voten, die sich immer gegen das Volksbegehren und für die Proklamation aussprachen ist vor allem dasjenige von Regierungsrat Scheurer von Interesse. Er erklärte unumwunden, dass er für den Beutezug keinerlei Sympathie habe. «Widerwärtig, antipathisch, nicht acceptabel für mich ist das ganze Vorgehen des Grundsatzes wegen, indem durch das Vorgehen einer Anzahl Bürger ein Pfeiler, eine Existenzbedingung des Staates angegriffen wird.» Er betonte, dass es unrichtig sei, von den armen Kantonen und dem reichen Bund zu sprechen und dass dies vor allem nicht für den Kanton Bern zutreffe mit seinem Staatsvermögen von 50 Millionen Franken. Es gehe um eine Grundsatzfrage, und es gelte, den Anfängen zu wehren. Nach diesen Ausführungen berührt es etwas merkwürdig, wenn er etwas später sagte: «... und ich bekenne offen, dass ich mitunter mit der Art und Weise, wie der Bund zum Nachteil der Kantone legiferiert hat, nicht zufrieden war. Er hat in kleinerem und grösserem Masse den Kantonen Einnahmen entzogen und Ausgaben oktroyiert, die er ganz gut hätte über sich nehmen können; er hätte es besser vermögen.» Noch eigenartiger für einen Finanzdirektor ist seine Befürchtung, die Einnahmen aus der Zollinitiative würden dem Kanton Bern kein Glück bringen; wenn ein Staatswesen unverhofft plötzlich über eine zusätzliche Million verfügen könne, bestehe die grösste Gefahr darin, «dass die Ansprüche, welche von allen Seiten erhoben werden, in kurzer Zeit eine viel grössere Summe ausmachen, als die Einnahmevermehrung»[208].

Die Motion wurde mit grosser Mehrheit erheblich erklärt[209]. Anschliessend wurde sofort über den Inhalt der Proklamation abgestimmt. Deren Wortlaut war in der vorberatenden Kommission bestimmt worden, eine Diskussion darüber wurde nicht zugelassen. Dürrenmatt protestierte: «Aber über eine Proklamation abzustimmen, von der man erst nach Schluss der Diskussion Kenntnis erhält, scheint mir nicht richtig zu sein. Hätte man den Wortlaut der Proklamation bei Beginn der Diskussion gekannt, so würde man auch darüber gesprochen haben. Das war

[207] TAGBLATT *1894*, 413ff. [208] TAGBLATT *1894*, 425ff. [209] TAGBLATT *1894*, 432.

nicht der Fall, und darum möchte ich auch dem Bureau die Vollmacht geben, die Proklamation zu erlassen, gleich wie es auch mit den Botschaften gehalten wird.»[210]

Allein, solche Einwände waren bei den damaligen Mehrheitsverhältnissen im Grossen Rat zwecklos. Für die Proklamation stimmten 125 Ratsmitglieder, dagegen 21, Grossrat Marschall enthielt sich der Stimme[211].

Obschon innerhalb der Volkspartei wenig Illusionen bestanden über den Ausgang der Abstimmung, wurde die Propaganda mit unvermindertem Druck weiter betrieben[212]. Auch Dürrenmatt, der in der Öffentlichkeit am Gelingen des Volksbegehrens keine Zweifel äusserte, täuschte sich über die Erfolgsaussichten nicht[213]. Aus diesem Grunde unterstützte er das Referendum gegen das Gesandtschaftsgesetz[214], da er der Ansicht war, diese neue Vorlage sei in der Bevölkerung höchst unpopulär und ein Erfolg in dieser Sache könnte der Volkspartei ein wenig über die zu erwartende Schlappe hinweghelfen[215].

Das Abstimmungsergebnis am 4. November 1894 allerdings übertraf die schlimmsten Befürchtungen bei weitem. 350639 Nein standen nur 145462 Ja gegenüber bei 13½ gegen 8½ Standesstimmen[216].

Dieser Misserfolg wirkte sich auf die ganze weitere konservative Politik aus[217]. Wenn man ihn bei der Volkspartei auch nicht als solche Katastrophe empfand, wie etwa beim Eidgenössischen Verein[218], so führte er doch dazu, dass Dürrenmatt wiederholt seinen Rücktritt als Parteipräsident anbot und von seinen Gesinnungsgenossen mühsam überredet werden musste, doch auf seinem Posten auszuharren[219].

[210] TAGBLATT *1894*, 432. [211] TAGBLATT *1894*, 433f.

[212] Vgl. PROTOKOLLE Juli bis November 1894.

[213] PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 28. August 1894.

[214] Das Bundesgesetz vom 27. Juni 1894 ordnete die schweizerische Auslandvertretung, die Errichtung und Aufhebung ständiger diplomatischer Vertreter. Die erforderlichen Kredite sollten auf dem Budgetwege festgelegt werden. FUNK, 55f.

[215] PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 28. August 1894. – Das Referendum kam zustande, obschon Dürrenmatt die Bewegung als eher flau bezeichnete. PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 30. Oktober 1894. – Am 3. Februar 1895 lehnte das Volk das Gesetz mit 177991 Nein gegen 124517 Ja ab. B.BL. *1895, I*, 972ff. – FUNK, 56.

[216] B.BL. *1894*, IV, 553ff. [217] WINIGER, 333ff. [218] RINDERKNECHT, 237ff.

[219] PROTOKOLLE, Sitzungen des Zentralkomitees 1895.

In seinem Abstimmungskommentar versuchte Dürrenmatt die Stimmung aufzufangen: «Damit ist den föderalen Urhebern der Initiative, welche dem Volke das Zweifrankenbegehren zur Abstimmung vorgelegt haben, akkurat das Gleiche begegnet, was der zentralistischen Bundesversammlung schon *sehr oft* passierte, dass nämlich ihre Vorlage mit grosser Mehrheit verworfen wurde...

Mit dem Föderalismus ist es aus; den können wir beweinen ohne ihn wieder zum Leben zu erwecken...

Den 65 000 Bernern, welche die schreckliche Gefahr einer alljährlichen Invasion von 1 078 000 Franken von unserem Kanton abgewendet haben und ihren Sieg da und dort mit Böllerschüssen feiern, wünsche ich eine gleiche Begeisterung, sobald es sich darum handelt, die Fakturen für das neue Schulgesetz und das neue Armengesetz zu bezahlen. An Pulver ist ja heute kein Mangel; möge dies dannzumal ebenso der Fall sein.»[220]

Ausserdem bemühte er sich, Humor und Fassung trotz allem nicht zu verlieren[221]:

Eure Lieder[222]

Eure Lieder fein und grob
Hab' ich auch genossen;
Keines war zu meinem Lob,
Keins hat mich verdrossen.

Hab' ich selbst doch wahrlich oft
Manchen angesungen,
Dem mein Liedchen unverhofft
Grell in's Ohr geklungen.

D'rum von Sängern gross und klein
Wimmelten die Blätter,
War kein Ton, kein Reimlein rein,
War's doch ein Geschmetter.

[220] Be V *1894*, 89.
[221] Vgl. die Titelgedichte «Wess' ist der Sieg», Be V *1894*, 89. – «Für Fritzchens Markensammlung», Be V *1894*, 90.
[222] Be V *1894*, 92.

Schreiberdeutsch und Dialekt
Muss zum Schimpf sich fügen;
Wenn es Ulin nur verdreckt,
Wird es schon genügen.

Ist der Vers zu lang, zu kurz,
Und der Rhythmus holpert –
Nach dem heissersehnten Sturz
Keiner drüber stolpert.

Denn die Frömmsten ringsherum
Singen Euren Psalter,
Pfarrer Strassers Publikum
Und der Nebelspalter.

Euer Hass in diesem Streit
Ist zur Glut entglommen;
Nur das *Lied,* das Ihr ihm weiht,
Ist noch unvollkommen.

Doch ich will auch dem Versuch,
Gerne Beifall gönnen;
Euren ungefügen Fluch
Nehm' ich für das Können.